



Ulrich Thielemann

**Freiheit unter den Bedingungen des Marktes.
Oder doch gegenüber der Marktlogik?**

Vom verfehlten Umgang mit Sachzwängen

Herausgeber:

**Institut für Wirtschaftsethik
der Universität St. Gallen**

Guisanstrasse 11, CH-9010 St. Gallen

Telefon: 071 / 224 26 44, Fax: 071 / 224 28 81

E-Mail: ethik@unisg.ch, Internet: www.iwe.unisg.ch

Zum Titelbild:

Dem zehnjährigen Bestehen des ersten universitären Instituts für Wirtschaftsethik an einer deutschsprachigen Wirtschaftsfakultät war im Jahre 1999 eine Vorlesungsreihe gewidmet, in der sich hochkarätige Redner wie Richard Sennett oder Jürgen Habermas der Frage stellten, wie einer „Wirtschaft in der Gesellschaft“ näher zu kommen sei (vgl. Buchband 27 der St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, ISBN 3-258-06156-4). Das Bild zur Vorlesungsreihe, Ausschnitt eines Freskos von Ambrogio Lorenzetti aus dem Jahre 1339, zeigt Wirtschaft als Teil des bürgerlichen Lebens. Weil die Suche nach einer Idee modernen Wirtschaftens in republikanischem Geist zentrale Bedeutung für die Institutsarbeit hat, schmückt dieser Ausschnitt nun auch die Titelblätter der „Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik“, mit denen wir der aktuellen wirtschafts- und unternehmensethischen Diskussion fruchtbare Impulse liefern wollen.

Nr. 101: Ulrich Thielemann

Freiheit unter den Bedingungen des Marktes.

Oder doch gegenüber der Marktlogik?

Vom verfehlten Umgang mit Sachzwängen

Ulrich Thielemann ist Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik. Der Beitrag geht auf einen Vortrag an dem Symposium „Autonomie – Personalität – Verantwortung. Der Mensch – ein freies Wesen?“ zurück, welches von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft am 11. – 13. Dezember 2003 in Wien veranstaltet wurde.

St. Gallen, März 2004

© 2004 Ulrich Thielemann

ISBN 3-906848-09-4

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	VI
1. Einleitung.....	1
2. Was ist Freiheit?.....	2
3. Politik im Modus des „Muss“	3
Die Agenda 2010	4
Die Vorschläge der Herzog–Kommission.....	5
Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“	5
Die Initiative „Chancen für alle“	6
Der Global Competitiveness Report.....	7
4. Gibt es Sachzwänge?	9
5. Die Gefährdung der äußeren Freiheit: Der Zwang zum Unternehmertum	14
6. Die Gefährdung der inneren Freiheit: Vernebelte Problemwahrnehmungen	16
7. Die Parteilichkeit der Sachzwänge.....	23
8. Ausblick: Hin zur Rückgewinnung von Autonomie	29
Literatur.....	31

Zusammenfassung¹

Der vorliegende Beitrag entfaltet die These, dass, trotz aller Freiheitsrhetorik, die Ausweitung der Logik des „freien“ Marktes, so wie diese derzeit betrieben wird oder einfach geschieht, in bestimmter, wesentlicher Hinsicht zu einer Einschränkung der Freiheit führt. Dabei dient der Begriff kommunikativ verstandener Freiheit, der das Moment der Verallgemeinerungsfähigkeit der Perspektiven am Kant'schen Begriff der Autonomie hervorhebt, als normative Kontrastfolie. Vor deren Hintergrund lässt sich das gegenwärtige Verständnis von Politik, die ihrem Selbstverständnis nach beinahe nur noch Sachzwänge ausführt und damit gesamthaft zur Standortpolitik wird, als „Politik im Modus des Muss“ rekonstruieren. Die Konsequenzen dieser Politik, die sich auch als Verzicht auf die gesellschaftliche Einbettung (und Relativierung) eines instanzlosen Marktes begreifen lässt, werden sodann für die Entfaltung der äußeren Freiheit einerseits, der inneren Freiheit andererseits aufgezeigt. In der ersten Freiheitsdimension geht es um die Frage, wieweit der Zwang zum Unternehmertum noch lebensdienlich ist. In der zweiten Dimension wird herausgearbeitet, wie die systemischen Marktmechanismen (die „Sachzwänge“) in die Denk- und Urteilsstrukturen der Menschen eingreifen bzw. als solche unerkannt bleiben. Die Rekonstruktion dieser Mechanismen führt zur Einsicht in die Parteilichkeit der Sachzwänge. Der Beitrag schließt nicht mit auch nur der Andeutung eines politischen Programms, sondern mit der These, dass die heutigen politische Programme ganz anders aussähen, sollten sie die hier angestellten Überlegungen berücksichtigen.

¹ Ich danke Johannes Hirata und Florian Wettstein für die kritische Durchsicht und hilfreiche Kommentare.

1. Einleitung

Wovon man keinen Begriff hat, das nimmt man nicht wahr, auch wenn es da ist. Dies gilt insbesondere für diejenigen Phänomene, die weder der äußeren Natur noch der soziokulturellen Konstitution des Individuums zuzurechnen sind und gleichwohl die je individuelle Lebensführung bis in die feinsten Verästelungen hinein bestimmen. Diese Formulierung mag fast wie ein Rätsel klingen. Doch es gibt diesen Bereich. Er tritt beispielsweise zu Tage, wenn sich die Gesellschaft unter die Direktive stellt, sich „zukunftsfähig“ bzw. „fit für die Wirtschaft“ zu machen; oder wenn die „Kontraproduktivität“ bestimmter ethischer Standards des Wirtschaftens behauptet wird; oder wenn der Stress zunimmt, ohne dass man sagen könnte oder überhaupt nur schon auf die Idee käme zu fragen, wer dafür verantwortlich ist.

Hier ist eine Kraft am Werke, die nicht natürlichen und also sozialen Ursprungs ist und die dem Einzelnen dennoch als etwas „Natürliches“ entgegentritt, das, wie das Wetter, einfach da ist und mit der es sich folglich einzurichten gilt. Allenfalls erreicht diese eigentümlich instanzlose soziale Kraft als „Bedingung“, „Herausforderung“ oder „Strukturwandel“ unser Bewusstsein – oder bloß noch als dasjenige, was es als vernünftig erscheinen lässt, das Leben als lebenslange Humankapitalinvestition in die eigene marktliche „Fitness“ zu begreifen.

Im Folgenden möchte ich weniger die Ursachen oder die genaue, gleichsam technische Wirkungsweise solcher systemischer Mechanismen aufzeigen,² als vielmehr den Spuren nachgehen, die diese im Denken und im politischen Selbstverständnis des (vielleicht noch nicht ganz) modernen Menschen hinterlassen haben. Politik verstehe ich dabei weit als alle Bemühungen zur Herstellung einer guten und gerechten Ordnung der Gesellschaft – einschließlich der Wirtschaft. Politik in diesem weiten Sinne ist also republikanisch zu verstehen als all das, was die öffentliche Sache, die res publica, betrifft, und reicht bis auf die Stufe der „Subpolitik“ (U. Beck) hinab; sie betrifft unser Selbstverständnis als Bürger, auch als Wirtschaftsbürger, die ökonomische und damit gesellschaftlich relevante Entscheidungen treffen. Weil mir empirische Feldforschung nicht zur Verfügung steht, beleuchte ich im Folgenden allerdings vorrangig das politische Selbstverständnis, wie es in Stellungnahmen der großen, „offiziellen“ Politik zum Ausdruck kommt. Dabei geht es darum, den kategorialen Rahmen abzustecken, der eine vernünftige Thematisierung dieser eigentümlichen sozialen, aber naturalisierten Kräfte allererst erlaubt. Begriffliche Klarheit steht dabei, gut aufklärerisch, im Zeichen

² Vgl. hierzu Thielemann, U.: Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik, Bern/Stuttgart/Wien 1996, S. 20 ff., 288 ff.

der Autonomie der Urteilsbildung, ohne deren Voraussetzung und Annahme als normativem Ideal dieses Thematisieren performativ sinnlos wäre. Ich beginne daher mit einer knappen Skizze des Begriffs von Freiheit, wie ich ihn verstehe.

2. Was ist Freiheit?

Die Freiheit des Menschen – ich würde lieber formulieren: dass wir frei sind – ist ein Faktum und logisch unausweichlich bzw. rational unhintergebar. Freiheit begreife ich dabei als Selbstbestimmung des Willens, also gut kantianisch als Autonomie. Das Faktum dieser Selbstbestimmung zeigt sich, sobald wir beginnen, uns sprachlich zu äußern und zu argumentieren. Dabei haben wir nämlich sinnnotwendig vorausgesetzt, dass *wir* es sind, die da eine Meinung verkünden und vertreten. Diese Freiheit lässt sich dabei allerdings nicht beobachten – insofern könnte die Rede vom Faktum der Freiheit missverständlich sein – sondern nur selbstreflexiv vergewissern und einholen (und dabei vertiefen). Aus mir spricht oder schreibt hier nicht der Geist der Natur oder welche fremde Macht sonst, sondern ich selbst spreche hier – zu Ihnen. Ich vertrete meine (hoffentlich gut durchdachte) frei gebildete Meinung, die selbstverständlich geschult ist an anderen, ebenso frei gebildeten Meinungen. Und ich adressiere diese meine Meinung an Sie, an ein Publikum, und setze mich damit, indem ich Sie zur autonomen Stellungnahme auffordere, dem Risiko aus, in meiner Argumentation angenommen oder zurückgewiesen zu werden. Auch diese Annahme oder Zurückweisung ist Ausdruck von Freiheit bzw. Autonomie.

Freiheit begreife ich also grundlegend (genauer: transzendental) als kommunikative Freiheit.³ Diese markiert den Modus und die normative Maßgabe allen Thematisierens. Freiheit kann aber selbstverständlich auch Gegenstand des Thematisierens bzw. selbst Thema sein. Auch dann ist Freiheit beinahe unausweichlich ein normativer Begriff. Zwar lässt sich auch der Fall denken, dass jemand von „Freiheit“ spricht, diese aber einschränken möchte; doch im Allgemeinen meint, wer Freiheit sagt, dass diese ausgeweitet oder zumindest erhalten werden *soll*. Nur, welche Freiheit ist gemeint? Wer Freiheit bloß *negativ* versteht, also als Freiheit *von* etwas, der meint: andere *sollen* sich nicht in meine „privaten“ Angelegenheit einmischen. Hier wird also eine negative Ethik bzw. eine Ethik der Nichteinmischung vertreten – und dabei häufig vergessen, dass die Definition dessen, was zur „Privatsphäre“ zu rechnen ist und was nicht, selbstverständlich ebenfalls normativ bestimmt ist und sich nicht aus dem negativen Freiheitsbegriff heraus allein klären lässt.

³ Vgl. Habermas, J.: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a.M. 1991, S. 25, 66.

Wer Freiheit hingegen umfassender (d.h. negative Freiheit einschließlich) *positiv* versteht, also als Freiheit *zu* etwas, der vertritt eine *positive* Ethik bzw. eine Solidaritätsethik. Dann ist man der Ansicht, dass wir irgendeine Art der Verpflichtung bzw. Verantwortung zur *Unterstützung* anderer in ihrer Freiheit haben, wie eng oder weit diese auch immer auszulegen ist.

Im Streit um die richtige Auslegung des Freiheitsbegriffs bzw. der richtigen „Mischung“ von negativer und positiver Freiheit wird häufig übersehen, dass Freiheit im kommunikativen Verständnis bereits sinnnotwendig vorausgesetzt ist. In dieser grundlegenden Dimension ist die Freiheit des einen reziproke Bedingung der Freiheit des anderen. Denn die Selbstbestimmung des Willens kann, da niemand allein einer Regel folgen kann,⁴ kein solitäres Ereignis sein, sondern ist in sich bereits angewiesen auf die autonome Stellungnahme anderer – aller anderen. Darum fasst Kant die Autonomieformel des kategorischen Imperativs und zugleich den „Begriff eines jeden vernünftigen Wesens“ als Grundsatz, „sich durch alle Maximen seines Willens als *allgemein gesetzgebend*“ zu betrachten, und er begreift die (Welt-)Gesellschaft als „Reich der Zwecke“, innerhalb derer sich jeder „nur seiner eigenen und dennoch *allgemeinen Gesetzgebung*“ unterwirft.⁵ Erst in der solcherart verstandenen Gesellschaft manifestiert sich Vernunft, und zwar als „allgemeine Menschenvernunft, worin ein jeder seine Stimme hat“⁶ und worin, wie mit Blick auf den hier anstehenden Problemzusammenhang hinzuzufügen wäre, keine Stimme, keine Handlung als virtueller Geltungsanspruch, naturalisiert werden darf, ansonsten nicht Autonomie, sondern Heteronomie herrscht.

3. Politik im Modus des „Muss“

Die in unserer Zeit bedeutendste Gefährdung der Freiheit, so scheint mir, hat ihre Wurzel, scheinbar paradoxerweise, in der Eigendynamik des so genannten „freien Marktes“ und in der Verbreitung und Ausweitung dieser Logik auf letztlich alle Lebensverhältnisse. Es ist eine unmerkliche Gefährdung der Freiheit, die sich als Ausweitung der Freiheit zu verstehen gibt. Vielleicht lässt sich die Sache auch als Konflikt zwischen verschiedenen Dimensionen der Freiheit begreifen.

⁴ Vgl. die berühmte These Wittgensteins in der transzendentalpragmatischen Interpretation von Karl-Otto Apel: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik, in: ders., Transformation der Philosophie. Bd. 2, Frankfurt a.M. 1973, S. 358-435, hier S. 399 f.

⁵ Kant, I.: Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VII, Frankfurt a.M. 1974, S. 65 ff., Hvh.U.T.

⁶ Kant, I.: Kritik der reinen Vernunft, Werkausgabe Bd. IV, Frankfurt a.M. 1981, S. 640.

Diese Gefährdung der Freiheit wird vielleicht deutlich, wenn man sich mit einigem Abstand die gegenwärtigen politischen Debatten – etwa in Deutschland – vergegenwärtigt. Erhard Eppler spricht vom Verschwinden oder dem „Niedergang der Politik“.⁷ In den 70er Jahren habe man noch über Lebensqualität diskutiert. Politik als Gestaltung der guten und gerechten Ordnung der Gesellschaft sollte der autonom bestimmten Lebensqualität dienen – selbstverständlich aller Menschen eines Gemeinwesens (welches heute global zu verstehen ist). Und dabei beginnt in diesem Verständnis Lebensqualität mit der Auseinandersetzung um ihre konkrete Bestimmung: Wie wollen wir leben und zusammenleben?

Heute haben wir uns an eine Politik im Modus des „Muss“ gewöhnt. Sie ist nicht mehr Prozess der Klärung einer guten und gerechten Ordnung, sondern „gutes“ Management dessen, was bereits feststeht und offensichtlich ist. Worin diese „notwendigen Reformen“, von denen die Politik so gerne redet, bestehen, ist ja eh klar. Es ist vorher bestimmt. Von wem? Von „der Realität“, wie Lothar Späth formuliert, und diese werde die „notwendigen Reformen“ schon herbeiführen. „In spätestens zwei Jahren werden wir sehen, dass die als Jahrhundertwerk gepriesene letzte Steuerreform genauso wie die mühsam ausgehandelten Kompromisse bei der Gesundheitsreform“ oder welche ‚falsche‘ Politik auch immer „von den Realitäten überrollt werden.“⁸

Bevor ich frage, woher diese „Realitäten“ kommen, wer oder was sie eigentlich sind, möchte ich diese Denkweise noch ein wenig zu Wort kommen lassen. Ich ziehe heran: Die „Agenda 2010“ der Bundesregierung, die Empfehlungen der Herzog-Kommission im Bereich „Soziale Sicherheit“, die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, die Vorschläge der Initiative „Chancen für alle“ zur Reform der Universitäten sowie den Global Competitiveness Report.

Die Agenda 2010

In seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003, die den Ausgangspunkt für die „Agenda 2010“ bildete, begründet Bundeskanzler Gerhard Schröder die sozialstaatlichen Leistungskürzungen mit „Ereignissen“ in der „sich verändernden Welt“. „Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“⁹ Immerhin wird hier die „Realität“ (Späth), der die Politik zu folgen hat, noch

⁷ Vgl. Eppler, E.: Privatisierung der politischen Moral, Frankfurt a.M. 2000, S. 104 ff.

⁸ Späth, L.: Die Wahrheit ist nicht populär, in: Handelsblatt, 15 Oktober 2003, Hvh. U.T.

⁹ Schröder, G.: Regierungserklärung vom 14. März 2003, www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Agenda-2010-9768/Regierungserklaerung.htm, [Zugriff aller hier gebrauchten Internet-Quellen: 6. Februar 2004].

andeutungsweise benannt. Auch schwingt hier noch ein Moment an kritischem Vorbehalt mit. Sollte man die Marktkräfte vielleicht doch auch bremsen können?

Die Vorschläge der Herzog-Kommission

Eine wie immer auch schwache Distanz gegenüber diesen „ungebremsten Kräften des Marktes“ finden sich in den Vorschlägen der Herzog-Kommission nicht mehr.¹⁰ Statt von diesen ist von ominösen „neuen Realitäten“ die Rede. Diese „erfordern eine andere Politik; nicht weil unsere Werte nicht mehr taugen, sondern weil die Welt sich geändert hat.“ Woher diese „Realitäten“ kommen, bleibt unthematziert bzw. verschwindet in der reflexiven Wendung einer ‚sich verändernden Welt‘? Wer glaubte, die Aufgabe der Politik sei es, „die Welt“ zu gestalten, statt sich von ihr Vorschriften machen zu lassen, wird eines Besseren belehrt. So ließen sich beispielsweise Fragen der Sozialpolitik „nur richtig beantworten, wenn die Frage: *Was macht unser Land fit für die Zukunft?* richtig beantwortet wird.“ Denn natürlich verändert „die Zukunft“ sich, und darauf haben *wir* uns vorzubereiten, sonst verlieren wir unsere „Zukunftsfähigkeit“. Die Grundfrage überhaupt aller Politik scheint zu sein: Wie machen wir die Gesellschaft, wie machen wir uns fit für den globalen Wettbewerb? Politik gerinnt zur Standortpolitik.

Die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“

Von diesem Geist ist auch der Vorschlag Angela Merkels „Für eine neue Soziale Marktwirtschaft“ beseelt.¹¹ „Die großen Trends der Veränderung erfassen die ganze Welt. In ihnen *muss* sich unser Land bewähren. Globalisierung heißt Vergleichbarkeit und Wettbewerb nicht nur für Waren und Dienstleistungen. Sondern auch für Länder und Regionen. Darauf *muss* die deutsche Politik sich einstellen. Das heißt, der Staat *muss* flexibler und unbürokratischer werden. Vor allem auch schneller in seinen Entscheidungen.“

Die Politik im Modus des *Muss* wird hier besonders augenfällig:¹² „Wir *müssen* unsere Solidarsysteme so umbauen, dass sie zukunftsfähig sind.“ „Im globalen Wettbewerb *müssen* Hochschulen eher einem Unternehmen als einer Behörde ähneln und ihre Rechtsform frei wählen können.“ Freiheit meint hier

¹⁰ Christlich Demokratische Union Deutschlands: Beschluss des 17. Parteitages der CDU Deutschlands 2003. „Deutschland fair verändern“, www.cdu.de/politik-a-z/deutschlandfair-aendern.pdf.

¹¹ Merkel, A.: Für eine neue Soziale Marktwirtschaft. Rede am 21. September 2001 in der Börse in Frankfurt am Main, www.cdu.de/ueber-uns/buvo/pv/am_210901.pdf, Hvh.U.T.

¹² Das Verb „müssen“ wird auf den knapp 15 Textseiten 70 mal verwendet. Dies entspricht einer – vermutlich selbst für Politikerreden weit überdurchschnittlichen – Rate von fünf Nennungen pro Seite.

einzig, über die Handlungsspielräume zu verfügen, um die ‚notwendigen Anpassungen‘ an wettbewerbliche Vorgaben aller Art vornehmen zu können.¹³

Selbst das Verhältnis zwischen Ordnungspolitik und Wirtschaft, zwischen dem Subjekt und dem Objekt der politischen Gestaltung, kehrt sich um. Politik wird nicht mehr von der Frage bewegt, welche Ordnung wir der Zukunft (etwa der Wirtschaft) geben wollen. Vielmehr „müssen wir dafür sorgen, dass die Ordnung in unserem Land zukunftsfähig ist.“ Natürlich bedeutet „Zukunftsfähigkeit“ und Wettbewerbsfähigkeit das selbe. Deren Direktiven sollen – oder „müssen“? – in alle Lebensbereiche eindringen, so auch in die Bildung (die damit nur noch Ausbildung bzw. Training ist): „Bildungskompetenz und Lernfähigkeit müssen in der gesamten Gesellschaft und über die gesamte Lebenszeit der Bürger gefördert werden.“ Es dürfte klar sein, dass mit dem ‚lebenslanges Lernen‘, das hier angesprochen wird, weniger humanistische Bildung als vielmehr Humankapitalbildung gemeint ist. Schließlich sind Individuen, die ihr Leben als Humankapitalinvestition begreifen, die ideale Voraussetzung dafür, die „Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.“ Auf den nahe liegenden Einwand des Freiheitsverlustes eines solcher Politik, die nur noch Sachzwänge nachvollzieht – möglichst antizipativ, versteht sich – ist Merkel vorbereitet. Erst die kontinuierliche und progressive Sicherstellung der „Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“ als einer Art Großunternehmung schaffe „die Spielräume, die wir wollen und die wir brauchen, um unser Zusammenleben nach unseren Vorstellungen zu gestalten.“ Die Idee und der Anspruch einer genuinen politischen Gestaltung „nach unseren Vorstellungen“ wird also durchaus noch reklamiert. Doch wird diese von eigentümlich frei schwebenden Bedingungen abhängig gemacht, die der Politik vorausgehen. Und natürlich stellt sich die Frage, ob diese Bedingungen nicht auf „unsere Vorstellungen“ einer guten und gerechten Ordnung der Gesellschaft durchschlagen.¹⁴

Die Initiative „Chancen für alle“

Ludwig Erhardt hatte die Idee der sozialen Marktwirtschaft bekanntlich noch mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ umrissen. Heute ist lediglich von „Chancen für alle“ die Rede.¹⁵ Chancen sind mögliche, in der Zukunft liegende Vorteile. Sie werden ergriffen oder verpasst, und zwar ‚eigenverantwortlich‘ von jedem selbst angesichts ‚sich verändernder‘ Umstände. Die Chancen, nicht etwa der Wohlstand, sollen gleich verteilt sind. Streng genommen sind sie es

¹³ Vielleicht liegt hierin der tiefere Sinn des Begriffs des „freien Marktes“.

¹⁴ Ich greife den Begriff des „Durchschlagens“ weiter unten wieder auf.

¹⁵ Vgl. die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie getragene gleichnamige Initiative, die angetreten ist „die Menschen in Deutschland für marktwirtschaftliche Reformen zu gewinnen.“ www.chancenfueralle.de.

immer schon. Wer mit seinem Los nicht zufrieden ist, dem kann, wenn Gerechtigkeit auf Chancengleichheit reduziert wird, stets entgegengehalten werden: ‚Du hattest ja die Chance. Aber Du hast sie nicht genutzt.‘ „Nicht alle können gewinnen, aber alle können es versuchen.“¹⁶

In Gewinner und Verlierer werden seit einiger Zeit auch die Universitäten – den Evaluationen sei Dank – eingeteilt. „Wir haben den Anschluss an die Weltspitze verloren“ diagnostiziert Peter Glotz im Rahmen der „Chancen für alle“ Initiative.¹⁷ Alles weitere ist damit eigentlich schon gesagt: „Unsere Hochschulen brauchen mehr Autonomie und mehr finanzielle Freiheit. Deshalb sollte man auch über Studiengebühren nachdenken, wenn sie durch Bildungsgutscheine, Darlehen oder Stipendien sozial abgedeckt werden. Wichtig ist, dass die Universitäten ihre Studenten wie Kunden behandeln. Hochschulen müssen eher wie ein Unternehmen geführt werden und nicht wie eine Behörde, wenn sie internationalen Maßstäben genügen sollen.“ Woher immer auch diese „internationalen Maßstäbe“ kommen, die der (Bildungs-)Politik die Vorgaben macht, sicher ist nur, dass sie eine Ökonomisierung auch der Bildung – einschließlich der Universitäten – versprechen.¹⁸ Aus Studenten werden „Kunden“.¹⁹ Und dabei geht die Ökonomisierung der Form mit der Ökonomisierung der Inhalte Hand in Hand: So soll eine „engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ dabei „helfen, Studiengänge eher marktgerecht auszurichten.“²⁰ Die Kunst der Rhetorik bestand immer schon darin, das eigentliche Argument in Nebensätzen zu verstecken: ‚Es ist doch eh klar, dass das Studium marktgerecht auszurichten ist‘, soll hier mitgeteilt werden. ‚War dies nicht immer schon sein Sinn und Zweck?‘ Ist es „marktgerecht“, was ich hier sage? Ich befürchte nicht...

Der Global Competitiveness Report

¹⁶ Pury, D. de: „David de Pury und wie er die Welt sieht“ (Interview), in: Tagesanzeiger, 2. Februar 1996, S. 7.

¹⁷ Glotz, P.: Wettbewerb im Bildungsbereich, www.chancenfueralle.de/Bildung/Hochschulen-/Glotz__Wettbewerb_im_Bildungsbereich.html.

¹⁸ Vgl. auch Thielemann, U.: Integrative Wirtschaftsethik als Reflexionsbemühung im Zeitalter der Ökonomisierung, in: Mieth, D./Schumann, O.J./Ulrich, P. (Hrsg.), Reflexionsfelder integrativer Wirtschaftsethik, Tübingen 2004 (im Erscheinen).

¹⁹ Die in „Kunden“ transformierten Studierenden haben übrigens – ähnlich wie Diskothekenbesucher – die doppelte Funktion, zugleich Produktionsfaktoren zu sein. Kunden, weil und insofern sie, direkt oder indirekt, Zahlende sind bzw. werden sollen; Produktionsfaktoren, da mit der „Qualität“ der Studierenden die Reputation der Universität gegenüber weiteren, direkten oder indirekten Kunden steigt. Darum geht die Diskussion um Studiengebühren einher mit der Forderung, die zu Unternehmen zu transformierenden Universitäten sollten Studienanwärter selbst auswählen dürfen.

²⁰ O.V.: Mehr Eigenständigkeit für Universitäten, www.chancenfueralle.de/Bildung/Hochschulen/Hochschulen_in_die_Freiheit_entlassen.html.

Als letztes Beispiel für die zunehmende Ökonomisierung der Politik, überhaupt der Gesellschaft, möchte ich den Global Competitiveness Report heranziehen.²¹ Wer das (paradoxe) Motto verinnerlicht hat: „Ziel *muss* sein, der Beste sein zu *wollen*“,²² der wird dem jährlich vom World Economic Forum publiziertem Bericht mit großer Spannung entgegensehen. In diesen Berichten bestimmt eine Gruppe von – vermutlich sehr jungen und vermutlich sehr smarten – Ökonominnen und Ökonomen, was ‚gute‘ („good“) Politik ist, z.B. was ein „optimaler Umfang der Regierungstätigkeit“ („optimal size‘ of government“) ist.²³ War man bislang davon ausgegangen, dass eine hohe Staatsquote „schlecht“, eine niedrige hingegen „gut“ sei, so hat das Beispiel der skandinavischen Länder mit ihren hohen Wachstumsraten bei gleichzeitig nach wie vor hohen Staatsausgaben den aktuellen Report eines Besseren belehrt. Schließlich gebe es auch „gute“ Staatsausgaben – nämlich solche, die „produktiv“ („productive“), d.h. dem Wachstum förderlich sind. „The idea is that useful public spending tends to increase the productivity of private firms, which leads to larger aggregate economic growth.“²⁴ Und was diesem Ziel nicht dient, das ist eben nicht „useful“, sondern „wasteful“. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, feststellen zu können, welche Ausgaben „useful“ und welche „wasteful“ sind und damit welche Politik „gut“ und welche „schlecht“ ist. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu konsultieren, hilft nur bedingt weiter, da der dort verzeichnete „Staatskonsum“ durchaus „produktiv“ sein kann – etwa indem er (und soweit er) dem „sozialen Frieden“ dient.²⁵ Als Ausweg schlagen die Autoren vor, Manager in einem so genannten „Executive Opinion Survey“ danach zu fragen, worin eine „gutes“ Maß und eine „gute“ Zusammensetzung der Staatsausgaben bestehe. Denn diese wüssten ja am besten, was „verzerrende“ („distortionary“) und was „produktive“ Staatsausgaben sind. Konsequenter wäre es dann wohl, wenn man diese Manager

²¹ World Economic Forum: Global Competitiveness Report 2003-2004, New York, 2003.

²² de Pury (1996), Hvh.U.T.

²³ Vgl. die Erläuterungen von Blanke, J./Paua, F./Sala-I-Martin, X.: The Growth Competitiveness Index: Analyzing Key Underpinnings of Sustained Economic Growth in: World Economic Forum (2003: 3-28), www.weforum.org/pdf/Gcr/GCR_2003_2004/GCI_Chapter.pdf. Eigenem Selbstverständnis nach versteht sich der Report allerdings bloß als Indikator der je unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeiten der Länder. Nicht er selbst bestimmt also, was die Länder fit für den globalen Wettbewerb macht, in dem sie untereinander stehen (ex post messbar durch das Bruttonationalprodukt), sondern er benennt seinem Anspruch nach nur Indizien dafür, die das Wachstumspotential der Länder erkennen lassen. Nicht die Autoren des Reports, sondern der Weltmarkt stellt die Politik bzw. die Gesellschaften auf den Prüfstand der Wettbewerbsfähigkeit. Und das ist gut so und soll zunehmend das Selbstverständnis der Politik bestimmen. Das ist die Botschaft des Berichts.

²⁴ Blanke, J./Paua, F./Sala-I-Martin (2003: 7).

²⁵ Ebd.

gleich zu Ministern oder Regierungschefs erklärte. Oder noch besser: den Posten des Regierungschefs an den Meistbietenden verkaufte, der dann das ‚beste‘ Management des Landes einsetzte oder auch gleich selbst die Geschäfte übernahm. Jedenfalls sind in dem Bericht keine Gesichtspunkte erkennbar, die dagegen sprächen.²⁶

4. Gibt es Sachzwänge?

Den Geist, der aus diesem Denken spricht, hat Nikolaus Piper treffend (allerdings ohne Distanz) folgendermaßen charakterisiert:

„Klar ist: Gegen die Globalisierung zu sein ist so sinnvoll, wie sich über das schlechte Wetter zu beschweren. Der Strukturwandel muss so oder so bewältigt werden.“²⁷

Was oder wer ist dies nun genau – „die Realität“, „die Zukunft“ – für das, den oder die es sich „fit“ zu machen gilt. Gemäß Piper ist es „der Strukturwandel“, der naturgleich wie das Wetter über uns kommt und an den wir uns, ganz in unserem eigenen Interesse liegend, anpassen müssen, *um* den Wohlstand oder die Sozialsystem (soweit dies eben ‚möglich‘ ist) zu erhalten, oder auch um ein Leben nach „unseren Vorstellungen“ (Merkel) zu führen.

Offenbar wird hier ein Zwang vorausgesetzt, und zwar ein solcher, dessen Urheber eigentümlich unspezifisch bleibt. Wenn es sich tatsächlich um einen Zwang der Natur handelte, dann wäre Kritik am gegenwärtigen Modus der Politik eher deplaziert. Man könnte allenfalls einwenden, dass die Anpassung zu weit getrieben oder das Ausmaß des Zwangs übertrieben dargestellt werde. Um dies an dem Beispiel eines einfachen Naturzwangs zu erläutern: Wenn es regnet, dann *muss* ich den Regenschirm aufspannen, *wenn* ich nicht nass werden will. Aber dann werden wir eben nass, ließe sich einwenden. ‚Wir brauchen weniger Regenschirme. Schließlich gibt es auch Nieselregen.‘ Wir könnten uns über das genaue Wie (Wer trägt welche Lasten? Wie weitgehend

²⁶ So abwegig ist dies nicht. So fordert der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser (Staatsmittel produktiv einsetzen, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Januar 2004), Politiker, die „mit echtem Unternehmergeist diesen Staat umgestalten“ und die dafür sorgen, dass „die Staatsmittel ... nach den Kriterien der Produktivität investiert“ werden. Und Thomas Straubhaar (Gesucht – ein Schumpeter’scher Politiker, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Dezember 2003), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Hamburg, plädiert für den „Schumpeter’schen Politiker“, der wie der sich im Markt bewegende Unternehmer „den Frieden stört, im Streben nach Gewinn mit Innovationen nach neuen Monopolstellungen sucht und so der Ökonomie wieder zu Dynamik und Wachstum verhilft“ und dabei auch die „überfälligen strukturellen Reformprozesse“ in die Wege leitet. Vgl. kritisch De Weck, R.: So süß wie Cola, in: Sonntagzeitung, 18. Januar 2004, S. 5.

²⁷ Piper, N.: Angstfaktor Weltmarkt, in: Die Zeit, 5. April 1996, S. 17-18, hier S. 18.

soll die Anpassung gehen?) bis hin zum Ob der Anpassung streiten, aber nicht über die Ursache des Zwangs selbst, wenn dieser denn empirisch zutreffend in seiner Faktizität erkannt wurde. Es ließe sich zwar die Faktizität des Zwangs empirisch-kritisch hinterfragen; es wäre jedoch sinnlos und entspräche einem Kategorienfehler, normativ-kritisch seine Legitimität zu bezweifeln. Wir können uns, wenn wir an der in der ökonomischen Literatur gebräuchlichen Unterscheidung von „Preferences“ und „Constraints“ anknüpfen,²⁸ über unsere „Präferenzen“ (bzw. über Wert und Normen) politisch streiten, also über die richtige Form und das richtige Ausmaß der Anpassung, nicht aber über das Faktum dieser Constraints, d.h. der Notwendigkeit, sich diesen Fragen oder „Herausforderungen“ zu stellen. Denn diese wären im Falle eines Naturzwangs buchstäblich objektiv gegeben.²⁹

Das eigentlich Skandalöse an dem Modus gegenwärtiger Politik besteht jedoch darin, dass die verschlüsselte bzw. unbenannt bleibende Quelle des Zwangs offenkundig sozialen Ursprungs, also selbst erzeugt ist. Märkte sind das Resultat der Handlungen vernunftbegabter, im Prinzip argumentationszugänglicher Personen. Sie stellen selbstverständlich kein Naturereignis dar. Gleichwohl sind sie nicht Ausdruck einer personalen Nötigung, die ein Teil der (Welt-) Gesellschaft einem anderen Teil auferlegt, jedenfalls nicht einer so ohne weiteres personal zurechenbaren Nötigung. Bei den die heutige Politik im Grossen wie im Kleinen durchdringenden, ja bestimmenden Zwängen oder „Herausforderungen“ handelt es sich mithin weder um in der Natur liegende, noch um im engeren Sinne personale Zwänge. Ich schlage hierfür den Begriff der *Sachzwänge* vor, da sie gleichsam in der ‚Natur der Sache‘ zu liegen scheinen. Sie *werden* nicht von identifizierbaren Personen auferlegt, sondern *ergeben sich* aus „der Sache“, genauer: sie ergeben sich aus dem *Zusammenspiel* unzähliger einzelner Handlungen marktlicher Selbstbehauptung, und zwar hinter dem Rücken aller beteiligten Akteure – auch der Mächtigsten. Aus diesem Zusammenspiel, dem eine eigene, spezifisch systemische Logik entspringt, die, um eine Formulierung von Hayeks zu

²⁸ Vgl. Thielemann (1996: 114 ff.). Gemäß ökonomischer Standardauffassung bestimmen erst Präferenzen und Constraints (Widerstände, Machtfaktoren aller Art) gemeinsam das wahre (durchsetzbare, „langfristige“) Eigeninteresse. Dem ist zuzustimmen. Im Unterschied zum „methodologischen Individualismus“ der Ökonomik möchte ich jedoch Präferenzen nicht als monadologisch bestimmt, sondern als durchaus argumentationszugänglich verstanden wissen, mithin als Handlungsgründe.

²⁹ Das Problematische am Begriff des Zwangs liegt allerdings darin, dass er beides zugleich behauptet: Die empirische Existenz eines Drucks, einer Macht, eben von Constraints“, und zugleich die normative Notwendigkeit der Anpassung an diese. Insofern ist der Begriff unpräzise und verwischt die Differenzen, auf die es eigentlich ankommt.

verwenden, „Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs“ ist,³⁰ ist der moderne Markt geschnitzt.³¹

Mit dieser Formel von Hayeks³² ist im Kern ein Programm selbst verschuldeter gesellschaftlicher bzw. politischer Unfreiheit formuliert.³³ Und es ist bare Metaphysik, der Logik des nicht-intendierten systemischen Zusammenspiels von Handlungen praktische Vernünftigkeit zuzueignen. Für diese Zueignung steht die von Adam Smith geprägten Formel der „unsichtbaren Hand“ des Marktes, die für Smith ebenso wie für den Protestantismus (wie ihn Weber mit Blick auf den „Geist des Kapitalismus“ expliziert hat) nur die Hand Gottes sein kann, der die Welt, auch die soziale, bereits vernünftig eingerichtet hat.³⁴ Und so bleibt uns nur noch, ‚seinen‘ Vorgaben demütig zu beugen.³⁵

Uns Modernen verbietet sich eine solche Sicht – aus systematischen Gründen (namentlich dem sonstigen Verlust unserer Autonomie) und auch weil es im Wortsinne fragwürdig ist, ob die „unsichtbare Hand“ des Marktes, gleichsam technisch, nicht metaphysisch überhöht als Ausdruck einer „höheren“ weisen Macht verstanden, alles zum Guten und Gerechten wendet, wie Smith

³⁰ Vgl. Hayek, F.A. von: Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs, in: ders., Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 97-107.

³¹ Vgl. in Anknüpfung an die von Jürgen Habermas eingeführte Unterscheidung von System und Lebenswelt Thielemann (1996: 20 ff.).

³² Diese geht übrigens auf Adam Ferguson zurück. Vgl. Hayek (1969: 97).

³³ Vgl. auch Dahrendorf, R.: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 32-40; sowie ders.: Leserbrief bzw. Replik, in: Reflexion (hrsg. vom Liberalen Institut, Zürich), Nr. 26, Dezember 1991, www.fahayek.net/publish/kontroverseRD/HayekKontrover-se.pdf. Dahrendorfs Kritik an Hayek – aus dezidiert liberaler oder gar „radikalliberaler“ Sicht (1990: 41) – mag im ersten Moment wie eine etwas harmlose (darum natürlich nicht schlechterdings falsche) Manöverkritik anmuten: Die Feier der „spontanen Ordnung“ sei „gefährlich für die Sache der Freiheit“, da es dann „Regeln gibt, die sich menschlichem Eingriff schlechterdings entziehen“ und sich die Frage stellt: „wer schützt uns dann vor dem Irrtum?“ Sie könnten gelesen werden bloß als Kritik an den möglichen Fehltritten der Experten bzw. einer „mysteriösen Sekte von Wirtschaftsberatern“ über die „Spielregeln“ bzw. das genaue Ausmaß der Sachzwänge der „totalen ‚Ordnung des Marktes‘“ (Dahrendorf 1990, S. 40). Der Punkt, um den es mir hier geht, ist eher getroffen, wenn Dahrendorf (1991) das Hayeksche Ansinnen als den Versuch beschreibt, „ein Regelwerk“ zu suchen (oder zu konstruieren?), „das der politischen Auseinandersetzung ganz enge Grenzen setzt, ja diese eigentlich überflüssig macht.“

³⁴ Vgl. Weber, M.: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, 9. Aufl., Tübingen 1988, S.17-206, hier insbes. S. 100 f., S. 175 f.

³⁵ Hayek spricht tatsächlich von „Demut“ vor dem Markt. Hayek, F.A. von: Die Anmaßung von Wissen, in: Ordo, Stuttgart 1975, S. 12-21, hier S. 21.

annahm.³⁶ Denn der Wettbewerb schafft, als „Prozess schöpferischer Zerstörung“ (Josef A. Schumpeter), *stets* Gewinner *und* Verlierer. Mir geht es hier jedoch nicht um die Kritik an der *Metaphysik des Marktes*,³⁷ sondern um die Frage, ob es so etwas wie Sachzwänge gibt und wenn ja, wie mit ihnen umzugehen ist.

Eine der nach wie vor prägnantesten Darstellungen der aus dem eo ipso wettbewerblichen Markt erwachsenden Sachzwänge stammt wohl immer noch von Max Weber – ohne dass sich dieser freilich des vermutlich erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entstandenen Begriffs bedienen hätte:

„Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. Er zwingt dem einzelnen, soweit er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist, die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. Der Fabrikant, welcher diesen Normen entgegenhandelt, wird ökonomisch ebenso unfehlbar eliminiert, wie der Arbeiter, der sich ihnen nicht anpassen kann oder will, als Arbeitsloser auf die Strasse gesetzt wird.“³⁸

Und dabei werden diese „Normen“, des „mächtigen Kosmos der modernen ... Wirtschaftsordnung ... den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur der direkt ökonomisch Erwerbstätigen –, mit überwältigendem Zwange“ bestimmen, „bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“,³⁹ ... und darüber hinaus, wäre wohl hinzuzufügen, solange der Modus einer Politik des Muss nicht durchbrochen wird. Hieraus erwächst ein Freiheitsverlust massiven Ausmaßes, den Weber, darin der heutigen „Realpolitik“ gleich, für unhintergebar hielt, dabei aber immerhin, dies zeigt zumindest seine Wortwahl, deutliche Vorbehalte anmahnte.

Die Schwierigkeit besteht darin, diesen Freiheitsverlust, überhaupt den systemischen Charakter von Markt und Wettbewerb, zu erkennen. Dessen Eigenschaft besteht nämlich in seiner strikten Unpersönlichkeit, so dass sich ein

³⁶ Selbstverständlich lässt sich das Werk Smiths nicht auf die „unsichtbare Hand“ reduzieren, wenn dieser Gedanke dieses auch vielfältig durchdringt. Die Bedeutung Smiths im Zusammenhang der Marktmetaphysik liegt vor allem darin, dass er für einen Denkstil, der sich zu seiner Zeit anbahnte und insbesondere im Protestantismus, wie er von Max Weber expliziert wurde, seinen lebenspraktischen Niederschlag fand, mit der Formel der „unsichtbaren Hand“ prägnant gefasst hat

³⁷ Vgl. Thielemann (1996: 262 ff.); sowie Ulrich, P.: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 3. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien 2001, S. 165 ff.

³⁸ Weber (1988: 37).

³⁹ Weber (1988: 203).

ursächlich verantwortlicher (darum natürlich nicht zwingend moralisch verantwortlicher) Adressat nicht finden lässt.

„Die Marktgemeinschaft ... kennt direkten Zwang kraft persönlicher Autorität formal ... nicht. Sie gebiert an seiner Stelle aus sich heraus eine Zwangslage – und zwar dies prinzipiell unterschiedslos gegen Arbeiter wie Unternehmer, Produzenten wie Konsumenten – in der ganz unpersönlichen Form der Unvermeidlichkeit, sich den rein ökonomischen ‘Gesetzen’ des Marktkampfes anzupassen.“⁴⁰

Wie auch immer die genauen sozialen Ursache-Wirkungszusammenhänge, die zu dieser *Instanzlosigkeit des Marktes* führen, zu erklären sind,⁴¹ so müssen wir doch aus der oben skizzierten Perspektive einer kommunikativ verstandenen und selbstverständlich universal zu begreifenden Freiheit erkennen, dass *wir* es letztlich selbst sind, die diese Zwang auf uns ausüben. Wollen wir das? Sind die systemischen Kräfte, die uns zur Anpassung zwingen, noch dem guten Leben dienlich? Und natürlich muss auch die Frage gestellt werden, ob und wieweit diejenigen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die eine möglichst weitgehende Anpassung wünschen und in deren Interesse diese liegt, den Rest zu beliebig weit reichenden Anpassungsleistungen zwingen dürfen.⁴² Aus dieser Perspektive können wir nicht nur das Wie der Anpassung, sondern auch die Ursache des Zwangs selbst hinterfragen – und diesen Zwang selbst zumindest mildern (im Prinzip sogar abschaffen). Diese Perspektive geht in der gegenwärtigen Politik des Muss freilich vollkommen verloren. Darum ist sie eine Politik des Zwangs, nicht der Freiheit.

Welche Konsequenzen hat nun diese beschränkte Perspektive, die nur die sichtbaren Akteure in den Blick nimmt, nicht aber ihr systemisch-anonymes, „unsichtbares“ (Smith) Zusammenspiel selbst, für die Gegenwart der Freiheit? Ich untersuche zunächst die Konsequenzen für die äußere Freiheit, verstanden als „reale Freiheit für alle“,⁴³ nicht bloß als „formale Freiheit“ (Max Weber), sodann diejenigen für die innere Freiheit im Sinne des „Prinzips der Autonomie des Willens“ Kants. Diesem zufolge muss „der Wille“, so er praktische Vernunft soll bergen, „durch seine Maxime sich selbst zugleich als allgemein gesetzgebend betrachten können“, statt „von etwas anderem“, genauer: von *jemandem* anderen, „genötigt“ zu werden. Denn zur „Idee der Würde eines

⁴⁰ Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. rev. Aufl., Tübingen 1972, S. 440.

⁴¹ Für einen Versuch vgl. Thielemann (1996: 291 f.). Vgl. auch Ulrich (2001: 138 f.).

⁴² Vgl. zu den beiden Fragestellungen Thielemann (1996: 338 ff.). Ich komme sogleich auf den Unterschied und den Zusammenhang beider Fragestellungen zurück.

⁴³ Vgl. Parijs, Ph. von: *Real Freedom for all. What (If Anything) Can Justify Capitalism?*, Oxford 1995. Vgl. zum Begriff „realer Freiheit“ auch Sen, A.: *Development as Freedom*, New York 1999.

vernünftigen Wesens“ gehört, „keinem Gesetz“ zu gehorchen „als dem, das es zugleich selbst gibt.“⁴⁴

5. Die Gefährdung der äußeren Freiheit: Der Zwang zum Unternehmertum

Der Marktprozess ist nicht nur ein Tauschprozess, in dem beiden Seiten, Käufer und Verkäufer (im Vergleich zu den ihnen sonst zur Verfügung stehenden Alternativen), profitieren, „or else it would not take place“.⁴⁵ Er ist zugleich ein Wettbewerbsprozess. Diesen hatte Josef Schumpeter als einen „*Prozess schöpferischer Zerstörung*“ beschrieben.⁴⁶ Schöpfung heißt: wechselseitige Tauschvorteile – vom Kauf einer Spülmaschine bis zur „Schaffung von Arbeitsplätzen“ – allgemein: die Wahl der Entry-Option. Mit der Zerstörung kommt die Wettbewerbsseite ins Spiel und macht sich in Vertragskündigungen, Entlassungen, dem Wechsel des Anbieters, allgemeiner: der Wahl der Exit-Option bemerkbar. Schöpfung und Zerstörung bilden zwei Seiten ein und der selben Medaille. In ihren Ursachen sichtbar ist allerdings nur die Schöpfung, hingegen nicht oder weniger klar die Zerstörung. Wenn Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, müssen natürlich die Standortbedingungen für das Kapital „stimmen“, sonst läuft es weg oder kommt gar nicht erst. Und doch bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Warum? Weil sich in einer hochvernetzten Marktwirtschaft keine Arbeitsplätze schaffen lassen, ohne an anderen Orten Arbeitsplätze zu gefährden. Denn die Nachfrager, deren Kaufkraft der wettbewerbsfähigere Anbieter an sich binden kann, verfügen ja, *ceteris paribus*, nicht über zusätzliche Finanzmittel, wenn irgendwo eine neue oder günstigere Leistung angeboten wird, die sie nun erwerben. Sie müssen, auch wenn ihnen das gar nicht bewusst ist, an anderen Orten Kaufkraft abgezogen haben. Und dort werden dann Arbeitsplätze zerstört; allgemeiner: der Einkommensstrom versiegt oder verringert sich.

Nun liegt die Arbeitslosen- und Insolvenzquote zwar hoch, aber nicht bei 100%. Woran liegt das? Nun, die Wirtschaftenden werden nicht passiv ihr Schicksal erdulden, sondern etwas *tun*, und zwar möglichst vorausschauend – aus eigenem Interesse, *angesichts* der neue „Sachlage“ oder „Realität“. Sie werden in ihr Humankapital investieren, um marktlich fit zu bleiben oder dies wieder zu werden. Ihnen bleibt ja gar nichts anderes übrig, denn ansonsten werden sie, ohne eigenes Verschulden, einkommenslos. Die Großmaschinerie

⁴⁴ Kant (1974: 65, 67).

⁴⁵ Buchanan, J.M./Tullock, G.: *The Calculus of Consent*, Ann Arbor 1965, S. 270.

⁴⁶ Schumpeter, J.A.: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7.Aufl., Tübingen 1993, S. 134 ff.

Markt läuft ja anonym, instanzlos ab. Bei wem sollte man sich beschweren? Bei „dem Strukturwandel“, „der Realität“, „der Zukunft“ (sprich: der latenten Konkurrenz), die bereits heute in die Gegenwart hineinragt?

Die Wirtschaftenden werden also neue Einkommensquellen erschließen müssen, sie müssen produktiver, effizienter, kostengünstiger wirtschaften, „innovativer“ und flexibler werden. Erst wenn ihnen dies gelingt und sie sich also im Wettbewerb erneut behaupten können, steigt das Bruttosozialprodukt, wenn es ihnen nicht gelingt, sinkt das Bruttosozialprodukt.⁴⁷ Die Instanzlosigkeit des Marktprozesses, der Umstand, dass man für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit keinen verantwortlichen Verursacher identifizieren kann, ist also letztlich die Quelle des Wachstums. Allerdings fragt sich, ob dabei nicht die Lebensqualität auf der Strecke bleibt.

Die Disposition einer möglichst vorausschauenden Anpassung an marktliche Veränderungen lässt sich als *Unternehmertum* fassen. Unternehmertum ist Freiheit und Zwang zugleich – jeweils zur marktlichen Anpassung. Was die äußere Freiheit anbelangt, so ließe sich fragen, ob das Maß an Unternehmertum, das „der Markt“ heute verlangt, noch *lebensdienlich* ist.⁴⁸ In angelsächsischen Ländern, in denen man nicht von „Selbstverantwortung“ spricht, weil eh klar ist, dass jeder (zumindest weitgehender als im „alten“, kontinentalen Europa) für sich selbst verantwortlich ist, wird der Mangel an sozialstaatlicher Abfederung mit einer Zunahme von Stress „erkauft“. Darüber klagt man derzeit – öffentlich – vor allem in England. Die Wirtschaft wächst hübsch, aber 37% verzichten auf ihren vollen Urlaub, 20% arbeiten länger als 48 Stunden die Woche, Stress ist nach Preisen für Immobilien das Gesprächsthema Nr. 2, man spricht von einer „Arbeiten-bis-zum-Umfallen“-Kultur.⁴⁹ Hier ist die Frage nach der Lebensdienlichkeit des Wirtschaftens zum Greifen nahe.

⁴⁷ Insbesondere in jungen, eher gering vernetzten Marktwirtschaften mag es darüber hinaus die Möglichkeit einer Art „glücklichen Parallelentwicklung“ geben. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass mindestens zwei Anbieter *ohne Wettbewerbsdruck* (also gleichsam „freiwillig“) und *parallel* neue Leistungen anbieten und zugleich als Nachfrager mit den daraus erwachsenden zusätzlichen Einkommen zumindest teilweise Leistungen von denjenigen erwerben, die parallel und insofern zufälligerweise ebenfalls neue Dienste oder Produkte angeboten haben. In wie weit ein gegebenes Wirtschaftswachstum entweder das Ergebnis einer solchen „glücklichen Parallelentwicklung“ ist oder den soeben geschilderten wettbewerblichen Abhängigkeiten entspringt, dies ergäbe eine interessante empirisch-ökonomische Untersuchung.

⁴⁸ Vgl. zum Begriff der „Lebensdienlichkeit“, der der theologischen Sozialethik entstammt, Ulrich (2001: 201).

⁴⁹ Vgl. Claassen, D.: Vollbeschäftigte Briten unter Stress, in: Tages-Anzeiger (Zürich), 29. November 2003, S. 28. Vgl. auch www.workstress.net, www.stress.org/job.htm, www.ilo.org/public/english/dialogue/sector/themes/violence.htm.

6. Die Gefährdung der inneren Freiheit: Vernebelte Problemwahrnehmungen

Um diese für das gute Leben aller buchstäblich essentiellen Frage nach der Lebensdienlichkeit des Wirtschaftens aber überhaupt unverkürzt stellen zu können, bedarf es der rechten Kategorien der Problemwahrnehmung. Die Kontraintuitivität systemischer Mechanismen⁵⁰ macht sich im Allgemeinen darin bemerkbar, dass man auf systemische („globale“) Ursachen mit individuellen („lokalen“) Lösungen reagiert.⁵¹ Mit Blick auf die allgemeine Zunahme von berufsbedingtem Stress heißt dies, dass nicht nach den (systemischen bzw. wettbewerblich-globalen) Ursachen gefragt wird, sondern die Mitarbeiter durch Maßnahmen so genannten „Stress-Managements“ wieder „fit“ gemacht werden für den (im Wesentlichen gleich bleibenden) Marktdruck.⁵² Die Frage lautet dann: „How can I manage stress better?“ Und die Antworten sind von Typus: „Reduce the intensity of your emotional reactions to stress“, „Learn to moderate your physical reactions to stress“, oder „Maintain your emotional reserves.“⁵³

Individualistisch bzw. individualethisch fällt auch die Antwort der Britischen Regierung und einiger Firmenvertreter aus auf einen Einwand seitens der EU. Großbritannien verstößt nämlich nach Ansicht der EU Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, Anna Diamantopoulou, gegen die 1993 verabschiedete Richtlinie 93/104, die im Grundsatz die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden beschränkt.⁵⁴ Großbritannien mache von den nur ihm damals gewährten Ausnahmenregelungen, die sich das Land ausbedungen hatte (opting-out), zu weitgehendem Gebrauch (und Stärke, so darf man die Direktive wohl auslegen, seine Wettbewerbsfähigkeit in unlauterer Weise und in einem für die eigene Bevölkerung nicht sozialverträglichen Ausmaß). Die EU-Kommission befürchtet und beklagt, dass die „opt-out agreements“ für eine die 48 Stunden Grenze überschreitende Arbeitszeit von den Arbeitnehmern häufig oder routinemäßig mit dem Anstellungsvertrag unterzeichnet werden müssten und somit den Charakter

⁵⁰ Vgl. Habermas, J.: Entgegnung, in: Honneth, A./Joas, H. (Hrsg.), *Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“*, Frankfurt a.M. 1986, S. 327-405, hier S. 380.

⁵¹ Aus ethischer Perspektive haben wir es hier mit einer Konfusion zwischen Individual- und Institutionenethik zu tun. Vgl. Ulrich (2001: 285 f.)

⁵² Vgl. kritisch Thielemann, U.: Markt, Wettbewerb und Stress, in: *Oekoskop. Fachzeitschrift der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz*, Nr. 2, 1999, S. 8-14 (1999b), www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/wwwPubLiteraturAutor/05E04B9C12CB769BC12569A1004F89D1.

⁵³ Vgl. exemplarisch www.ivf.com/stress.html.

⁵⁴ Vgl. Claassen (2003), vgl. auch *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Januar 2003: Heikle EU-Arbeitszeitvorschriften.

einer Anstellungsbedingung aufwiesen. Damit aber werde die „Wahlfreiheit“ („freedom of choice“) der Arbeitnehmer beeinträchtigt.⁵⁵

Diesen Vorwurf hat die Britische Regierung sogleich zurückgewiesen. Es sei ein „Grundrecht“ („basic right“) der Arbeitnehmer, „über die Option zu verfügen, auch mehr als 48 Stunden zu arbeiten.“⁵⁶ Deutlicher formuliert die Financial Times: „Britischen Arbeitnehmern könnte es bald verwehrt sein, mehr als 48 Stunden in der Woche zu arbeiten – selbst wenn ein Leben im Büro ihren Glücksvorstellungen (idea of happiness) entspricht...“ Es sei „klar, dass die Arbeitnehmer es nicht wünschen, von Gewerkschaften und Politikern gesagt zu bekommen, wann sie arbeiten dürfen. Dies wäre eine übereifrige Einmischung des Fürsorgestaates (nanny state).“⁵⁷ Die Arbeitnehmer würden die „opting-out“ Klauseln unterschreiben aus der Notwendigkeit heraus, „ihre Autonomie als Individuen zu erhalten.“⁵⁸

Interessant ist, dass *beide* Seiten mit dem Verlust von Freiheit argumentieren – allerdings mit gegenteiligen Ergebnissen. Für die eine Seite ist die Arbeitszeitregelung ein Freiheitsgewinn für die Arbeitnehmer, für die andere Seite ein Freiheitsverlust. Welche Seite hat nun Recht? Erhellend hierfür sind die weiteren Begründungen, die britische Wirtschaftsvertreter für die Ablehnung einer strengeren Arbeitszeitregelung bzw. dafür vorbringen, dass man die Arbeitnehmer doch selbst entscheiden lassen soll, wie lange sie arbeiten möchten. So sei es „schwer“ bzw. für die betroffenen Arbeitnehmer schwer zumutbar, sie „dazu zu bewegen, weniger zu arbeiten, insbesondere wenn sie Hypotheken aufgenommen haben, die auf der Basis ihres jetzigen Einkommens berechnet wurden.“⁵⁹ Rick Hopkins, Sprecher eines „Forum of Private Business“, bringt weitere Folgen ins Spiel: „Die Abschaffung der freien Wahl (personal choice) für die wahlweise Freistellung von der EU-Arbeitszeithöchstregelung wird viele Arbeitnehmer, etwa im Transportwesen, in die Selbstständigkeit drängen... Dann werden sie ihre Leistungen den gleichen Firmen anbieten, bei denen sie zuvor beschäftigt waren und für die ja nach wie vor ein flexibles Leistungsangebot erforderlich ist... Als selbstständig

⁵⁵ Commission of European Communities: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions concerning the re-exam of Directive 93/104/EC concerning certain aspects of the organization of working time, Brüssel 2003, http://europe.eu.int/com-m/employment_social/labour_law/docs/workingtime_communication_en.pdf, S. 9.

⁵⁶ Vgl. Watson, R.: Britons spend more time working despite Brussels directive, in: The Times, 6. Januar 2004, Übers.U.T.

⁵⁷ O.V.: Allow us to toil – If we enjoy hard labour, we have a right to slog on, in: Financial Times, 14. November 2003, Übers.U.T.

⁵⁸ Vgl. Barnard, C./Deakin, S.: No easy answer to long hours at work, in: Financial Times, 5. Januar 2004, Übers.U.T.

⁵⁹ Vgl. Barnard/Deakin (2004), Übers.U.T.

Beschäftigte sind sie dann in der Lage, so lange zu arbeiten, *wie sie es wünschen*.“⁶⁰

Dies ist ein Beispiel des „Durchschlagens“ der systemisch (wettbewerblich) bedingten Constraints auf die „wahren“ Interessen der Individuen.⁶¹ Hatte es zunächst vielleicht so ausgesehen, die langen Arbeitszeiten der Briten entsprängen einem *Bedürfnis* bzw. einer „Präferenz“, so kommen nun doch auch Zwänge ins Spiel – Zwänge, die eigene Zahlungsfähigkeit zu bewahren oder (indirekte) Zwänge der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Person oder der Unternehmung, bei der man (noch) beschäftigt ist. Allerdings sind diese Zwänge personal nicht oder kaum zurechenbar. Darum erscheinen sie auch nicht als Zwänge bzw. Nötigungen, sondern als Präferenzen bzw. als wahre Interessen. Genauer: Sie werden als gleichsam „natürliche“ Gegebenheiten („Constraints“) wahr- und hingenommen, eben als „die Realität“, und mit den je individuellen Präferenzen (etwa elementaren Zahlungsbedürfnissen) zum je „wahren Interesse“ addiert.

So wird der Markt mit seiner Ausweitung auf alle Lebensbereiche und mit der Intensivierung seiner Wettbewerbslogik zum „einfachen und einsichtigen System der natürlichen Freiheit“. ⁶² Es ist eben ganz „einfach“ einzusehen und es erscheint dem Einzelnen ganz „natürlich“, dass eine rechtsverbindliche Arbeitszeithöchstregelung den Interessen der Arbeitnehmer *widerspricht*, selbst wenn diesen eine kürze berufliche Arbeitszeit (von sagen wir 40 Stunden) eigentlich *lieber* wäre; aber dann könnten sie ja beispielsweise (etwa angesichts geringen Verdienstes) die aus ihrer Sicht notwendigen Konsumausgaben nicht mehr tätigen, oder sie werden entlassen, oder die Firma, bei der sie beschäftigt sind, geht in Konkurs, womit sie ebenfalls ihren Job verlieren. Umgekehrt ist es ganz „einfach“ einzusehen, dass eine rechtsverbindliche Arbeitszeithöchstdauer einem *Zwang* entspricht und den Interessen derjenigen, deren Los doch eigentlich verbessert werden soll, *widerspricht*.⁶³ Die Abschaffung der

⁶⁰ Vgl. Sims, R.: Boss Worries over Lost Time, in: Express and Echo, 19 Januar 2004, Übers. und Hvh. U.T.

⁶¹ Ich bediene mich mit dem Begriff des „Durchschlagens“ einer Wendung des Wirtschaftsethikers Karl Homann. Dieser behauptet bzw. postuliert (in eigentümlich empirisch-normativem Doppelsinne): „Unter den Bedingungen der Moderne schlägt die Implementierung einer Norm auf ihre Geltung durch.“ Homann, K./Pies, I.: Wirtschaftsethik in der Moderne. Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 1/1994, S. 3-12, hier S.5. Vgl. kritisch Thielemann, U.: Was spricht gegen angewandte Ethik? Erläutert am Beispiel der Wirtschaftsethik, in: Ethica, 1/2000, S. 37-68.

⁶² Smith, A.: Der Wohlstand der Nationen, München 1978 (1776), S. 582.

⁶³ Vgl. zum Topos der Kontraproduktivität der Sozialpolitik bzw. allgemeiner der schlechten Folgen guter bzw. „gut gemeinter“ Absichten, Thielemann, U.: Globale Konkurrenz, Sozialstandards und der (Sach-) Zwang zum Unternehmertum, in: Maak, Th./Lunau, Y. (Hrsg.),

Arbeitszeitregelung wird hingegen als *Ausweitung der Freiheitsspielräume* empfunden (nämlich *um* die nötigen Anpassungen an die veränderte „Sachlage“ vornehmen zu können), selbst wenn dadurch der Beruf endgültig zum alles bestimmenden Lebensmoment wird und die Restzeit nur noch funktional als Reproduktionszeit (*um* morgen wieder fit zu sein) begriffen wird. Denn die Instanz dieser Maßnahme (hier: die EU-Kommission für die Beschränkung der Arbeitszeit) ist ja personal klar identifizierbar.

Darum ist das *Subsidiaritätsprinzip* so beliebt bei denjenigen, für die die Logik von Markt und Wettbewerb den Inbegriff der praktischen Vernunft (des Richtigen) markiert. Dabei ist allerdings fraglich, ob das Subsidiaritätsprinzip, auf das man sich in der Fassung der Sozialenzyklika „*Quadragesimo anno*“ aus dem Jahre 1931 stützt,⁶⁴ richtig ausgelegt wird. Typische Formulierungen lauten, „dass Aufgaben von kleineren auf größere oder übergeordnete Einheiten nur dann übertragen werden (sollen), wenn sie auf der unteren Ebene oder in kleineren sozialen Einheiten nicht mehr angemessen gelöst werden können.“⁶⁵ Oder: „Jede gesellschaftliche und staatliche Tätigkeit“ sei „ihrem Wesen nach subsidiär, d.h. unterstützend und ersatzweise eintretend“ zu begreifen, so dass „die höhere staatliche oder gesellschaftliche Einheit also nur dann helfend tätig wird und Funktionen der niederen Einheiten an sich ziehen darf, wenn deren Kräfte nicht ausreichen, diese Funktionen wahrzunehmen.“⁶⁶ Dies ist mit dem Wortlaut der Sozialenzyklika durchaus vereinbar, in der es heißt, dass „dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf.“⁶⁷

Nur, was ist damit ausgesagt? Bei genauerer Betrachtung erweist sich das Prinzip nämlich als reichlich unscharf, wenn nicht gar als inhaltsleer, denn alles hängt am ‚Können‘ des Einzelnen bzw. der untergeordneten gesellschaftlichen Einheit: *Wann* „können“ denn *welche* „Aufgaben“ oder „Funktionen“ von der „kleineren Einheit“ „nicht mehr *angemessen* gelöst werden“? *Wer* beurteilt, „was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften“ nicht „leisten kann“? Schließlich gilt: Was man nicht kann, das kann man lernen.

Diese Unschärfe bedeutet, dass sich aus dem Subsidiaritätsprinzip keine eindeutigen Schlussfolgerungen ziehen lassen – auch nicht hin zu einer nahezu unbegrenzten „Eigenverantwortung“ des Einzelnen bzw. zu der „Verpflichtung

Weltwirtschaftsethik. Globalisierung auf dem Prüfstand der Lebensdienlichkeit, Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 203-244, hier S. 209 ff.

⁶⁴ Papst Pius XI.: *Quadragesimo Anno*, Rom 1931, www.christusrex.org/www1/overkott/quadra.htm. Vgl. auch Quaas, F.: *Soziale Marktwirtschaft*, Bern/Stuttgart/Wien 2000, S. 338.

⁶⁵ Maizière, Th. de: *Eigenverantwortung, Gemeinwohlverpflichtung und Solidarität*, Rede, Meißen, September 2002, www.justiz.sachsen.de/smj/sites/justiz/1464.htm.

⁶⁶ Vgl. www.chancenfueralle.de/Service___Termine/Lexikon/S/Subsidiaritaetsprinzip.html.

⁶⁷ Papst Pius XI. (1931).

jedes Bürgers, für sich und seine Familie soweit wie möglich selbst zu sorgen.“⁶⁸ Der ursprüngliche Sinn des Subsidiaritätsprinzips (von lat. *subsidium* = Hilfeleistung, Unterstützung, Förderung) dürfte eher auf den grassierenden Totalitarismus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zugeschnitten sein und auf die Abwehr von Bevormundungen und Fremdbestimmungen aller Art abstellen, nicht vorrangig auf die Selbstsorge des „Einzelmenschen“.⁶⁹ Und so schließt die kurze Passage der Sozialenzyklika zum Subsidiaritätsprinzip dann auch mit dem Satz: „Jedwede Gesellschaftstätigkeit [damit ist auf übergeordneten Instanzen abgestellt, U.T.] ist ... ihrem Wesen nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen; darf sie aber niemals zerschlagen und aufsaugen.“⁷⁰

Das Subsidiaritätsprinzip ist wohl eher als eine Heuristik zu lesen denn als eine „anwendbare“ Handlungsanleitung für die Politik. Sein Knackpunkt, wenn man so sagen darf, liegt vollständig darin, was dem Einzelnen als das, was er „können“ muss, *zugemutet* werden darf. Dies allerdings ist nicht *nur* ein im weiteren Sinne sozialpolitisches (Streit-)Thema bzw. ein Thema der Lastenverteilung und des Ausmaßes der Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Hier schlägt vielmehr die Stunde der *sich wandelnden* systemischen bzw. wettbewerblichen „Realität“, die zur Zeit der Verfassung der Sozialenzyklika (1931) wohl noch um einiges schwächer zu spüren gewesen sein dürfte als heute.

Dass hier gleichsam ein Dritter im Spiel ist – eine „unsichtbare“ (Smith), aber durchaus wirksame Kraft –, dies lässt sich gut an den Eigenschaften demonstrieren, die der „Anwendung“ des (stark zur Seite der „Eigenverantwortung“ hin ausgelegten) Subsidiaritätsprinzips zugesprochen werden. So glaubt der sächsische Staatsminister de Maizère, dessen Definition soeben bereits herangezogen wurde, dass „die Reaktion [der Bevölkerung] auf regionale oder lokale Probleme“ durch vermehrte Beachtung des

⁶⁸ Vgl. Eekhoff, J./Roth, St. J.: Brachliegende Fähigkeiten nutzen, Chancen für Arbeitslose verbessern, Stiftung Marktwirtschaft, Kleine Handbibliothek, Bd. 33. www.chancenfueraalle.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Publikationen_Kostenlose_Downloads/Stftung_Marktwirtschaft/khb_33.pdf, S. 31. Selbstverständlich stellt sich auch hier wieder die Könnens- bzw. Möglichkeitsfrage („soweit wie möglich“). Auch stellt sich die Frage: Warum nur sollen die Grenzen der Solidarität mit denjenigen der Familie (wie weit diese auch immer zu fassen sind) identisch sein. Dies erinnert an den berühmten Ausspruch Margaret Thatchers: „There is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families.“

⁶⁹ Die Sozialenzyklika begründet das Subsidiaritätsprinzip einleitend mit dem Verlust „des einst blühend und reichgegliedert in einer Fülle verschiedenartiger Vergemeinschaftungen entfalteten menschlichen Gesellschaftslebens“, so dass „fast nur noch die Einzelmenschen und der Staat“ übrig geblieben sind.

⁷⁰ Quaas (2000: 339) spricht dann auch von der Zweidimensionalität des Subsidiaritätsprinzips: „Es enthält ein Interventionsverbot und ein Hilfsgebot.“

Subsidiaritätsprinzips „vereinfacht“ würden – was immer dies genau heißen mag. „Das Subsidiaritätsprinzip dient mit der Stärkung der kleinen sozialen Einheiten auch dem Erhalt der kulturellen Identität. Es wirkt damit der Angst vor Identitätsverlust entgegen, die der Globalisierungsprozess bei Vielen auslöst.“⁷¹ Und Hans Tietmeyer ist der Ansicht: „Je kleiner eine Entscheidungseinheit ist, desto besser können die Präferenzen der Bürger berücksichtigt werden und desto größer ist der Einfluss des einzelnen Wählers“, überhaupt des Einzelnen.⁷²

Eher dürfte das Gegenteil der Fall sein. Die sich selbst überlassenen „kleinen Entscheidungseinheiten“ stehen ja nicht etwa gleich bleibenden, sondern *wachsenden* „Herausforderungen“ bzw. Zwängen gegenüber, die nicht in ihrem Handlungsumfeld entstehen, sondern irgendwo auf den Weltmärkten. Je weiter die Entscheidungsbefugnisse ins Kleine, hin zum Einzelnen verschoben werden und je weitgehender eine übergeordnete, d.h. *ordnungspolitische* Perspektive verloren geht, desto eher werden diese Zwänge als Quasi-Naturgegebenheiten wahr- und hingenommen. Vor Ort, also lokal, werden die Individuen dann einsehen, dass sie auf diese Zwänge bzw. „Herausforderungen“ eine im weiteren Sinne *unternehmerische* Antwort finden müssen. Zu vermuten ist daher, dass ihre je spezifische „kulturelle Identität“ nicht etwa gestärkt, sondern geschwächt wird – hin zu der *einen*, „marktkonformen“ Lebensform des sein Leben als lebenslange Investition ins eigene Humankapital begreifenden „Lebensunternehmers“. Ob dies den „Präferenzen“ der Bürger entspricht, ist jedoch zumindest eine *offene Frage*.

Doch natürlich ließen sich die beiden herangezogenen Passagen auch im Sinne einer *Umdefinition* lebensweltlicher Begriffe deuten – eine Umdefinition angesichts des unthematisierten bzw. nicht adressierten großen anonymen Dritten. Dann besteht die „Vereinfachung“ der Reaktion der Bevölkerung auf den (ökonomischen) Globalisierungsprozess darin, dass sie nicht klagen, sondern das tun, was der Markt- und Wettbewerbsprozess von ihnen verlangt – und die Logik des „einfachen und einsichtigen Systems der natürlichen Freiheit“, das sich Smith zufolge ja „ganz von selbst einstellt“, sobald man „alle Systeme der Begünstigung [sprich: der Unterstützung, U.T.] und der Beschränkung [des Erwerbsstrebens, U.T.] aufgibt“,⁷³ gelangt zur vollen Entfaltung. Dieses tut dann seinen Dienst (der Anonymisierung von Verantwortlichkeiten), indem die „notwendigen Veränderungen“ nicht mehr

⁷¹ de Maizière (2002).

⁷² Tietmeyer, H.: Föderalismus bedeutet Wettbewerb, in: Handelsblatt, 12. September 2003, www.chancenfueralle.de/Presse/Pressearchiv/Presseresonanzen/2003_-_Presseresonanz/-Juli_-_September_2003/Tietmeyer_im_Handelsblatt___Foederalismus_bedeutet_Wettbewerb_.html.

⁷³ Smith (1776: 582).

„schwer“, sondern leicht „durchsetzbar“ sind.⁷⁴ Und von einer „Stärkung“ zwar nicht der „kulturellen Identität“, aber der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich sprechen, nicht weil die „kleinen Einheiten“ gestärkt würden, sondern weil sie einsehen, dass die *Selbststärkung* der einzige Ausweg aus drohender Einkommensschwäche ist. Verantwortung wird prinzipiell in Selbst- oder Eigenverantwortung transformiert.

Aus der konsequenten Ausklammerung des großen Dritten – der Logik des instanzlosen (Welt-)Marktes – lässt sich dann eine Art Newspeak gewinnen. Diese hat Ivan Nagel kürzlich in einem „Falschwörterbuch der Sozialreformen“ kursorisch zusammengefasst.⁷⁵ Statt von sozialstaatlichen Kürzungen spricht man von „Reformen“, mehr „Eigenverantwortung“ oder der Schaffung von „Anreizen für Wachstum“; Eigeninteressen werden kaschiert mit Formulierungen wie „Die Wirtschaft schlägt vor“, „der Markt weigert sich“; aus Steuergeschenken für Unternehmen und Unternehmer wird die „Entlastung der Investoren“, aus erleichterten Kündigungen die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“, und wer die Löhne senken möchte, spricht von der „Differenzierung der Lohnstrukturen“ oder von „Lohnspreizungen“. Nikolaus Piper, Ressortleiter Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung, hat diese Sicht dezidiert zurückgewiesen: Es handele sich nicht um „Falschwörter“, sondern um wertvolle Instrumente der Erkenntnis. Wer sie verbannen will, der erteilt Denkverbote. Er schottet sich und andere von der Wirklichkeit ab, weil er die Instrumente abschafft, mit denen die Wirklichkeit geistig verarbeitet werden kann.“ Und erst dieses Begriffsinstrumentarium erlaube es, „die Kosten des Gutgemeinten auszurechnen.“⁷⁶ Da ist sie wieder, „die Wirklichkeit“. Und da ist auch wieder die partikularistische Spaltung zwischen „uns“ und eben dieser „Wirklichkeit“, mit der ja wohl kaum Pflanzen, Tiere, Böden, das Klima oder welche natürlichen Eigenschaften sonst gemeint sein dürften, sondern irgendeine *sozial*, also durch *Handeln* geschaffene Wirklichkeit.

⁷⁴ Vgl. Tietmeyer (2003). Der hier aufgezeigte Zusammenhang ließe sich auch am Beispiel des wegen seiner Kostensenkungschancen nach wie vor beliebten Outsourcings durchspielen – man denke an die weiter oben erwähnten Beschäftigten des Transportwesens (wohl zumeist Fernfahrer), die nun nicht mehr *einer* verantwortlichen Instanz (der Unternehmung bzw. ihrem Management) gegenüberstehen, sondern „dem Markt“. Von nun ab hängen ihr „Daseinsspielraum“, ihre „beruflichen Erfolgsaussichten“ und „die Höhe des Einkommens“ von einer „anonymen Kraft“ ab, „die sich weder umsmeicheln, noch einschüchtern lässt.“ Böhm, F.: Kartelle und Monopole im modernen Recht, Frankfurt a.M. 1960, S. 9.

⁷⁵ Nagel, I.: Zum Stand der Diskussionen um die Agenda und ihre Begrifflichkeit – Das Falschwörterbuch der Sozialreformen, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Mai 2003.

⁷⁶ Piper, N.: Lügen und Denkverbote, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Juni 2003.

7. Die Parteilichkeit der Sachzwänge

Ich habe diese Zusammenhänge unter dem Blickwinkel der Gefährdung der inneren Freiheit thematisiert, da die Ausblendung des systemischen Dritten die im weiteren (und natürlich engeren) Sinne politische Urteilskraft vernebelt, also unsere Autonomie beeinträchtigt. Dies ist nur unter dem Vorzeichen eines naturalistischen und insofern partikularistischen Gesellschaftsverständnisses unproblematisch, aus der Sicht kommunikativ und zugleich universalistisch verstandener Freiheit jedoch höchst problematisch.⁷⁷ In diesem Verständnis sind Ansprüche nämlich zumindest virtuell, d.h. der Idee nach, an ein *unbegrenzt*es Publikum zu adressieren – nicht nur an die Gemeinschaft derjenigen, die zu Unterstützungsleistungen angesichts dieser oder jener Notlage, für die sie nicht ursächlich verantwortlich sind, in zumutbarer Weise in der Lage wären (dann hätten wir es lediglich mit Solidaritätsproblemen, also Problemen positiver Gerechtigkeit zu tun), sondern auch und vor allem an die Gemeinschaft der Handelnden, also derjenigen, die diese ominöse „Wirklichkeit“ erzeugen.

Dies sind natürlich einerseits alle, die in den Marktzusammenhang verstrickt sind. Insofern lässt sich der Autonomiegewinn einer solchen gleichsam resozialisierenden (statt reifizierenden) Sicht in der Frage auf den Punkt bringen: Wollen wir so leben? Wollen wir ein Leben in lebenslanger Humankapitalinvestition führen, so dass „der Mensch ... auf das Erwerben als Zweck seines Lebens, nicht mehr das Erwerben auf den Menschen als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner materiellen Lebensbedürfnisse bezogen“ ist?⁷⁸ Hat sich der Marktzusammenhang von unseren Vorstellungen eines *guten Lebens* verselbständigt, ohne dass wir dies bemerkt hätten – so dass die Aufgaben der Ökonomen eigentlich darin bestünde, über diese undurchschaute und schwer durchschaubare Zusammenhänge in werterhellender Absicht aufzuklären, statt sie zu verdunkeln und auf Basis dieser Verdunkelung „die Kosten des Gutgemeinten auszurechen“ (Piper)?

So wichtig diese Erweiterung der Perspektive ist, so ist mit ihr doch nur die halbe Wahrheit ausgesprochen. In einer pluralistischen Gesellschaft, und erst recht in der nach wie vor multikulturellen Weltgesellschaft, die in zunehmende ökonomische Abhängigkeiten gerät (oder sich in diesen verfängt?), sind die Vorstellungen des guten Lebens bekanntlich vielfältig und unterschiedlich.

⁷⁷ Man mag hierin den wohl reinsten Fall einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“ bzw. des Bewusstseins durch „Systemimperative“ erblicken. Vgl. Habermas, J.: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1981, S. 480 ff.

⁷⁸ Weber (1988: 35 f.). Max Weber erblickte hierin eine „für das unbefangene Empfinden schlechthin sinnlose Umkehrung des, wie wir sagen würden, ‚natürlichen‘ Sachverhalts“, die „ebenso unbedingt ein Leitmotiv des Kapitalismus“ darstellt, „wie sie dem von seinem Hauche nicht berührten Menschen fremd ist.“

„Der Puritaner wollte Berufsmensch sein, – wir müssen es sein,“ hatte bereits Max Weber formuliert.⁷⁹ Doch einige *wollen* offenbar mehr als andere „Berufsmenschen“ oder „Lebensunternehmer“ sein. Diese sind die treibenden Kräfte der marktlichen Entwicklung bzw. der Ökonomisierung. Ob auch sie letztlich Getriebene sind, bleibt dahingestellt und ist letztlich wohl unentscheidbar.

Die ökonomische Theorie, und vor allem Josef Schumpeter, hat hierfür den Begriff des *Pionierunternehmers* geprägt. Damit sind nicht unbedingt und nicht vorrangig Personen gemeint, die die Funktion des Unternehmenseigentümers und der Geschäftsführers vereinigen, sondern Personen, die nach bislang unentdeckten Einkommenschancen (Umsatzsteigerungs- oder Kostensenkungspotentialen) Ausschau halten und diese konsequent ausschöpfen – gleichgültig, in welcher ökonomischen Funktion sich diese „Entdeckungsleistung“ vollzieht, sei es als Eigentümerunternehmer, Selbstständiger, Manager, Mitarbeiter oder Konsument.⁸⁰ Die „zerstörerische“ Wirkung dieser „Pionier-“ oder wie es häufig reichlich euphemistisch heißt: „Innovationsleistungen“, in der der Wettbewerb besteht, wird von fachökonomischer Seite jedoch eher selten thematisiert. Heuß macht immerhin klar, dass es einen „Zwang des Wettbewerbs“ gibt, der nicht etwa ein nebulöses Naturereignis ist, sondern von bestimmten Personen ausgeht, nämlich „von einer Minderheit (initiativer Unternehmer) auf die Mehrheit (konservativer Unternehmer)“, auf diejenigen also, „die sich mit dem bereits Erreichten begnügen wollen“,⁸¹ aber nicht begnügen können, weil sie ansonsten vom Markt „ausgelesen“ und damit einkommenslos werden. Und auch von Hayek hebt hervor, dass der „Wettbewerb ... immer ein Prozess (ist), in dem eine kleine Gruppe eine größere dazu zwingt, etwas zu tun, was ihr nicht gefällt, sei es härter zu arbeiten, Gewohnheiten zu ändern oder ihrer Arbeit einen Grad an Aufmerksamkeit, fortwährender Zuwendung oder Regelmäßigkeit zu widmen, der ohne Wettbewerb nicht nötig wäre.“ Diese Minderheit zwingt alle „übrigen“ dazu, „sie nachzuahmen, um bestehen zu können.“⁸²

Die „zerstörerische“ Wirkung des Wettbewerbs geht also – natürlich – von Personen aus. Allerdings schieben sich dabei „unpersönlicher Instanzen zwischen die beteiligten Menschen“.⁸³ Dies um so mehr, als Entpersonalisierungsmechanismen wie Outsourcing und „Subsidiarität“ um sich greifen. Zwar nimmt die „Zerstörung“ (von Einkommenspositionen) stets

⁷⁹ Weber (1988: 203).

⁸⁰ Vgl. zur ökonomischen Rolle des Unternehmertums Kirzner, I. M.: Wettbewerb und Unternehmertum, Tübingen 1978.

⁸¹ Heuß, E.: Wettbewerb, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd.8, Stuttgart u.a. 1980, S. 679-697, hier S. 686.

⁸² Hayek, F.A. von: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech 1981, S. 119 f.

⁸³ Weber (1972: 709).

die Form der Kündigung (von Tauschvertragsbeziehungen aller Art) an. Doch nur in wenigen Fällen, wie im Falle der Entlassung, lässt sich derjenige, der die Exit-Option gewählt hat, klar benennen. Ansonsten spricht man beispielsweise davon, dass „die Umsätze einbrechen“. Selbst im Falle der Entlassungen von Mitarbeitern haben die typischerweise vorgebrachten, auf *Sachzwänge* verweisenden Rechtfertigungen – nach dem Muster: ohne diese ‚schmerzlichen, aber notwendigen‘ Vorkehrungen müsse man bald zu „weit drastischeren Maßnahmen“ greifen, und man würde „die Existenz der Unternehmung“ insgesamt gefährden – eben eine gewisse Plausibilität.⁸⁴ Denn die Marktposition einer Unternehmung ist ja abhängig von der erfolgreichen Gestaltung von Myriaden von Tauschbeziehungen, nachfrage- wie zulieferseitig. Zudem stehen diese Tauschpartner (Kunden und Zulieferer) ihrerseits ja wiederum im Wettbewerb, usw. usf. Hier nach ursächlich verantwortlichen Akteuren zu fahnden, grenzt oftmals ans Absurde.⁸⁵ Entsprechend lässt jeder Hinweis auf diese große, anonyme „Realität“ den Protest sogleich verstummen. Plausibilität bedeutet jedoch nicht ethisch-normative Richtigkeit.

Diese zweite, deontologische (statt teleologisch-ethische) Erweiterung der Perspektive, die den Partikularismus einer bei Licht besehen eben *sozial* erzeugten „Realität“ zugunsten einer unverkürzten, universalistischen Sicht überwindet, nimmt also die ursächlich verantwortlichen Akteure mit in den Blick. Der Wettbewerbsprozess funktioniert nämlich nicht einfach „zum Wohl der Konsumenten, der Allgemeinheit“,⁸⁶ sondern zugunsten der vergleichsweise wettbewerbsfähigen und -willigen Akteure. Und zugunsten des Kapitals, muss hinzugefügt werden. Dessen ökonomische Funktion (oder je nach dem: Dysfunktion) besteht systematisch betrachtet allein darin, den Pionierunternehmern die Zeit zwischen „entdeckter“ Einkommenschance und

⁸⁴ Vgl. am Beispiel der schweizerischen Großbankenfusion zwischen SBV und SBG zur heutigen UBS kritisch Thielemann, U./Ulrich, P.: Zwischen Sachzwang und Denkwang. Halten die zugunsten der UBS-Fusion vorgebrachten Rechtfertigungen der wirtschaftsethischen Kritik stand?, in: Siegwart, H./Neugebauer, G. (Hrsg.), Mega-Fusionen. Bern/Stuttgart/ Wien 1998, S. 339-360.

⁸⁵ Hierfür ist nicht allein die Anonymität verantwortlich, sondern auch beispielsweise der Umstand, dass der Beitrag des einzelnen Akteurs (etwa des Konsumenten, der preisbewusster einkauft, oder des Aktionärs, der vor allem auf die Rendite achtet), zumeist verschwindend gering ist. Überdies ist die Suche nach dem besseren Produkt oder dem höheren Einkommen ja auch keinesfalls illegitim. Diese ist aber auch nicht pauschal legitim. Darauf kommt es hier an.

⁸⁶ Dies behaupten Karl Homann und Franz Blome-Drees: Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, S. 26. Die Autoren verkennen (oder unterschlagen) dabei, dass Konsumenten nur in der Masse zahlungskräftig sind, als sie als Produzenten wettbewerbsfähig sind.

ihrer Ausschöpfung zu überbrücken, womit ihnen eine bedeutende Hebelwirkung im Wettbewerbskampf in die Hand gegeben ist.⁸⁷

Die Sachzwänge wirken also durchaus *parteilich* – eben zugunsten der Wettbewerbsfähigeren und der Kapitaleinkommensbezieher.⁸⁸ Nur lässt sich eine ursächliche Verantwortung für den wachsenden Wettbewerbsdruck im Allgemein nicht *individuell* zuweisen.⁸⁹ Dies bedeutet jedoch nicht, dass dieser Druck nicht von interessierten Individuen ausgeht, denen ein möglichst hoher Wettbewerbsdruck ggf. bedeutende Vorteile verschafft. Dies lässt sich gut an der Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit demonstrieren. Wer – scheinbar wertfrei – nach Ursachen *im sozialen Raum* oder nach *Erklärungen* für Missstände welcher Art auch immer fragt, der fragt damit ja stets auch *normativ* nach Verantwortlichkeiten. Er fragt nach denjenigen Akteuren, die etwas *tun* müssen (bzw. sollen), damit der Missstand beseitigt wird. Wer muss nun etwas tun, damit der Missstand der Arbeitslosigkeit beseitigt wird? Die Antwort, die Ökonomen typischerweise geben, lautet, dass Arbeit ‚zu teuer‘ angeboten wird. Die „Anreize“ seien „falsch gesetzt“, beispielsweise die „Entgeltflexibilität“ zu gering, so dass „die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften ... systematisch geschwächt“ werde.⁹⁰ Verantwortlich ist also derjenige, der diese ‚Nachfrage schwächt‘, nicht derjenige, der nachfragt oder eben nicht mehr nachfragt, womit zugleich suggeriert wird, dass sich nicht die Nachfrage, sondern das Verhalten der Anbieter (von Arbeitsleistungen) verändert habe. Als Ursachen für diese ‚Schwächung der Nachfrage‘ werden erwogen:⁹¹ die „Lohnfindung“, der „Reservation Wage“,⁹² die Lohnnebenkosten – nicht aber

⁸⁷ Vgl. – vorerst eher cursorisch – Thielemann, U.: Der Einfluss des Shareholder Value auf die Lebenswelt, in: Revue der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, 1/1999, S. 16-18 (1999a), [www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/c0b319e335eb2f66c12569380039fdf6/74cb552-c772467ccc12569a1004f89cf/\\$FILE/UT99-SV.pdf](http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/c0b319e335eb2f66c12569380039fdf6/74cb552-c772467ccc12569a1004f89cf/$FILE/UT99-SV.pdf).

⁸⁸ Vgl. zur „Parteilichkeit der Sachzwänge“ auch Ulrich (2001: 149 f.).

⁸⁹ Damit sei nicht behauptet, dass kausale mit moralischer Verantwortlichkeit gleichzusetzen wäre. Auch ist erläuternd hinzuzufügen, dass sich eine kausale Verantwortung bzw. Urheberchaft (für sinkende Einkommen) streng genommen in jedem Einzelfall personal zurechenbar nachweisen lassen müsste: Kunden wechseln den Anbieter und zahlen folglich nicht mehr; Arbeitgeber entlassen und steigern dadurch vielleicht den Gewinn. Doch kann der Verzicht hierauf eben *unzumutbar* sein, und zwar systematisch darum, da diese Akteure ihrerseits in einen größeren Marktzusammenhang eingebunden sind, in dem sich die ursächlichen Verantwortlichkeiten irgendwann verlieren.

⁹⁰ Siebert, H.: Müssen Arbeitslose sein? Zur Reform von Arbeitsmarkt und Sozialstaat in Deutschland, Walter Jöhr-Vorleseung 2003, St. Gallen 2003, S. 5, 10.

⁹¹ Vgl. Siebert (2003: 7 f.).

⁹² Der so genannte Reservationslohn benennt dasjenige Einkommen bzw. allgemeiner dasjenige ökonomische Nutzenniveau, welches ein Wirtschaftssubjekt außerhalb des Marktzusammenhangs erhalten würde. Es ist also der Mindestlohn, ab dem eine Beschäftigung im Markt aufgenommen wird. In modernen, ökonomisch ausdifferenzierten Gesellschaften benennt der Reservationslohn natürlich nicht das (definitionsgemäß) nicht-

die Renditeforderungen der Kapitalgeber! Es gilt eben, „die Nachfrage“ nach Arbeitsleistungen günstiger zu stimmen. Die indirekte und direkte Verantwortung liegt also auf Seiten der Arbeitnehmer, die ihre Leistungen zu teuer anbieten, zu wenig flexibel und leistungsbereit sind, über die falschen Qualifikationen verfügen.

Die Arbeitgeber, das Management bzw. die Aktionäre, die vom Management vertreten werden, können demgegenüber gar nichts falsch machen. Ihre Einkommens- bzw. Gewinnansprüche können niemals „zu hoch“ sein; sie können das Kostensenkungsmanagement niemals *zu weit* getrieben haben, sie können niemals *zu viel* Wettbewerbsdruck auf andere ausgeübt und damit in die Arbeitslosigkeit getrieben haben. „Moderation“ (Mäßigung) wird niemals von ihnen, sondern stets nur von Seiten der Arbeitnehmer verlangt, nämlich in Form der „Lohnmoderation“.⁹³

Wie kann es zu dieser eigentümlich vereinseitigten Sicht kommen?⁹⁴ Zwar lässt sich aus der Sicht der Ursachenforschung tatsächlich sagen, dass die Arbeitslosigkeit auf das „natürliche“ Niveau bloßer Fluktuationsarbeitslosigkeit gesenkt würde, wenn die Arbeitnehmer sich in soweit „stärken“, dass die „Nachfrage nach Arbeitskräften“ ihr Angebot wieder annimmt – was auch immer solche „markträumenden“ Löhne im einzelnen bedeuteten. *Ursprünglicher* und insofern „ursächlicher“ ist allerdings die Annahme, dass die Arbeitslosigkeit nicht darum hoch ist, weil die Arbeitnehmer ihre Leistungsfähigkeit eingeschränkt hätten (vulgo: fauler oder gieriger geworden wären), sondern beispielsweise darum, weil die Unternehmen Kostensenkungspotentiale entdeckt und ausgenutzt haben, etwa in dem sie eine „beachtliche Verlagerung“ von Produktionsstätten ins Ausland vorangetrieben haben.⁹⁵ Sie haben etwas getan und etwas bewirkt, nämlich Beschäftigte

monetäre Einkommen eines Daseins unter reinen Subsistenz-Bedingungen, sondern das Niveau der sozialstaatlichen Transferleistungen.

⁹³ Vgl. Siebert (2003: 9).

⁹⁴ Auf diese eigentümliche Vereinseitigung hat bereits Siegfried Katterle aufmerksam gemacht (Alternativen zur neoliberalen Wende, Bochum 1989, S. 21): „Die Feststellung und Zurechnung destabilisierendes Fehlverhaltens ist nach dem neoklassischen Interpretationsmuster erkennbar einfach: Fehlverhalten ist nur möglich seitens der Gewerkschaften (zu hohe Lohnforderungen) und seitens der Regierung (zu hohe Besteuerung der Gewinneinkommen ...). Dagegen verhalten sich Unternehmen gemäß diesem Theorieparadigma immer funktionsadäquat entsprechend den Sachzwängen des Marktes, der die privatautonomen Unternehmensentscheidungen durch die Gewinnerwartungen im Sinne des Gemeinwohls steuert.“

⁹⁵ So Siebert (2003: 18 f.) selbst. Selbstverständlich ist dies nicht die einzige Erklärung. Zu nennen wären beispielsweise Konsumenten, die zunehmend preisbewusster einkaufen, Unternehmen im In- oder Ausland, die neue oder günstigere Leistungen anbieten und damit Kaufkraft von anderen Orten an sich ziehen, Beschäftigte im In- oder Ausland, die günstiger anbieten oder bessere Qualitäten zu bieten haben.

entlassen oder unter Wettbewerbsdruck gesetzt. Diese hingegen haben genau so gewirtschaftet und gearbeitet wie zuvor. Jedenfalls erscheint mir diese Erklärung *im Grossen und Ganzen* deutlich plausibler als diejenige einer verringerten Leistungskraft bzw. -bereitschaft der betroffenen Arbeitnehmer. Und so wagt es auch kaum jemand, diese Alternative *explizit* zu behaupten, wenn diese auch implizit in den typischen „Erklärungen“ und damit in den Vorschlägen des ökonomischen Mainstream verborgen liegt.

Es gibt zwei Erklärungen für diese vereinseitigte Art der Erklärung von Arbeitslosigkeit (und damit der Verantwortungszuschreibung für deren Beseitigung). Die eine, die beim (eo ipso „sichtbaren“) Tauschverkehr ansetzt, möchte ich hier nur streifen: Die ökonomische Akteurs- und insofern die Verursacherseite, also die „initiativen“ im Unterschied zu den „konservativen Unternehmern“ (Heuß) bzw. Wirtschaftssubjekten, verfolgen die ökonomische Logik der Vorteilsmaximierung eben *konsequenter* und reiner als diejenigen, „die sich mit dem bereits Erreichten begnügen wollen“ (Heuß) bzw. eigentlich zufrieden gegeben hätten. Und diese rein ökonomische Logik, für die der Name Homo oeconomicus steht, wird von Ökonomen *typischerweise* verteidigt.⁹⁶

Im hier interessierenden Zusammenhang (zwischen Freiheit und wettbewerblichem Sachzwang) ist jedoch die zweite Erklärung bedeutsamer: Die ökonomische Initiativseite (die im Übrigen mit den „Arbeitgebern“ nicht einfach identisch ist) wird nämlich zu „der Realität“, in der die unverrückbaren normativen „Grundgesetze der Ökonomie“ aufgehoben seien, verklärt⁹⁷ – und damit anonymisiert und dem Jenseits von Richtig und Falsch zugeschlagen. So wird aus dem Entscheidungsverhalten der Arbeitgeber ein „Sachzusammenhang“, also ein objektives Ursache-Wirkungsverhältnis, nämlich dasjenige „zwischen Lohnhöhe, Dauer der Arbeitszeit und Sicherheit des Arbeitsplatzes.“⁹⁸ Und dieser „Sachzusammenhang“ (dieses Constraint) wird dann zu einer „Argumentvariable in der Nutzenfunktion eines einzelnen Arbeitnehmers.“ Dieser wird nämlich möglicherweise, also je nach ‚Sachlage‘, erkennen, dass eine Lohnmäßigung „für ihn günstiger ist.“⁹⁹ Die zu Constraints verdinglichten Interessen der Marktgegenseite bzw. der direkten und indirekten Wettbewerber schlagen also auf die Definition des wahren Eigeninteresses (hier: des betrachteten Arbeitnehmers) durch. Und dies kann in einer Gesellschaft, die noch nicht vollständig aus Homines oeconomici zusammengesetzt ist, die also

⁹⁶ Vgl. Thielemann, U.: Integrative Wirtschaftsethik als kritische Theorie des Wirtschaftens. Die Unmöglichkeit der Wertfreiheit der Ökonomie als Ausgangspunkt der Wirtschaftsethik, in: Breuer, M./Brink, A./Schumann O.J. (Hrsg.), Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2003, S. 82-109.

⁹⁷ Vgl. Siebert (2003: 21).

⁹⁸ Siebert (2003: 11). Gemeint ist: Wer einen ‚zu hohen‘ Lohn fordert und ‚zu wenig‘ lange arbeitet, dessen Beschäftigungsverhältnis wird ‚unsicher‘.

⁹⁹ Ebd.

noch so etwas wie Empörung kennt und folglich noch über legitimes und illegitimes Verhalten streitet, nur verfangen, weil die Verantwortlichkeiten hinter dem „unsichtbaren“ (Smith) Schleier des großen Wettbewerbs verschwimmen. Wenn nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit gefragt wird, so sind die betroffenen Arbeitslosen (oder auch die möglichen Arbeitslosen) eben viel einfacher greifbar als alle die Akteure, aus deren *Zusammenspiel* der Druck erwächst. Sie kommen als die nahe liegenden Adressaten von Forderungen (etwa auf „Lohnmoderation“) in Frage – nicht oder zumindest weniger deutlich die Arbeitgeber (die entlassen haben oder entlassen könnten), noch weniger die unbestimmte Zahl von Arbeitgebern, die einstellen könnten oder eben nicht einstellen, und schon gar nicht die Abnehmer, die zu einem günstigeren Hersteller gewechselt haben, oder beispielsweise der Investor, der den Maschinenpark einer maroden Textilunternehmung A aufgekauft und nach Fernost verlagert hat, dort nun äußerst kostengünstig produziert und dem Textilunternehmen B die Kunden streitig macht, so dass dieser einige seiner Mitarbeiter entlassen „muss“. Und so fehlt bei Horst Siebert dann auch der mahnende Hinweis auf das „Subsidiaritätsprinzip“ nicht, da unter seiner Ägide die Antworten auf diese „Sachzusammenhänge“ von denjenigen getroffen werden, die „besser informiert und materiell interessiert sind“.¹⁰⁰ Sie kommen dann nämlich nicht auf die Idee, die Constraints in die Verantwortung zu nehmen und aus dem Status einer hinzunehmenden „Realität“, an die es sich bloß klug anzupassen gilt, zu entlassen.¹⁰¹

8. Ausblick: Hin zur Rückgewinnung von Autonomie

Wozu dies alles? – Diese Frage könnte nahe liegen. Der vorliegende Text fragt zumindest zunächst nicht so (um gleich nach „Lösungen“ Ausschau zu halten bzw. diese anzubieten – und womöglich bald wieder eine unhinterfragte „Realität“ als „Bedingung“ (Homann) in die Rechnung einzustellen). Vielmehr ging es mir zunächst darum, Autonomie in einer Welt zurückzugewinnen, die zunehmend von undurchschauten ökonomischen Imperativen durchdrungen ist. Wir gehen die Probleme anders an, wenn wir wissen, wie sich die Dinge verhalten und wenn wir alle Beteiligten (auch „die Realität“) zumindest

¹⁰⁰ Siebert (2003: 14).

¹⁰¹ Wenn man übrigens das Subsidiaritätsprinzip so auslegt, dass gesellschaftliche „Aufgaben dort erledigt werden müssen, wo sie anfallen“ (vgl. Merk, G.: Das Subsidiaritätsprinzip, www.uni-siegen.de/~merk/downloads/subsidiaritaetsprinzip_definitionen.doc), bzw. die Probleme dort zu lösen sind, wo sie ursächlich entstehen, so spräche dies nicht etwa für eine Verlegung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten auf möglichst untergeordnete gesellschaftliche Instanzen (die dann voll den parteilichen Sachzwängen des Weltmarktes ausgesetzt sind), sondern für eine Stärkung der Ordnungspolitik und ihrer Erweiterung hin zu einer Weltordnungspolitik.

konzeptionell ins diskursive Boot holen. Und wir sitzen dann weniger leicht ökonomistischen Sachzwang-Ideologien auf.

Was dann doch eine Lösungsperspektive anbelangt, so ist es sicher nicht die Aufgabe einer Wissenschaft, die Frage zu beantworten, ob und inwieweit wir, um an die Webersche Formulierung anzuknüpfen, denn *letztlich* „Berufsmenschen“ sein *wollen*, oder ob wir dies letztlich *müssen*, ob also der Zwang oder ob der Wunsch *überwiegt*. Auch die Frage, inwieweit die relativ Wettbewerbsfähigeren und -willigeren (im Verein mit dem Kapital) die Übrigen dazu zwingen dürfen, ihnen nachzueifern und selbst ein zunehmend unternehmerisches Leben zu führen, lässt sich nicht wissenschaftlich, sondern nur politisch, also im demokratischen Deliberationsprozess zwischen Beteiligten und Betroffenen beantworten. Auch geht es, um etwaige Missverständnisse zu vermeiden, sicher nicht darum, die Sachzwänge zu beseitigen, denn dann gingen wir auch der wettbewerblichen Wachstumsdynamik und damit der Wohlstandsleistungen verloren, die gerade aus der Intransparenz des Marktes erwachsen. Vielmehr geht es darum, die verselbständigten Marktkräfte wieder in eine wohlgeordnete Gesellschaft wahrhaft freier Bürger *inzubetten*¹⁰² und den Wettbewerb *inzubinden* (und d.h. heißt auch: seine Eigendynamik zu begrenzen). Es gilt also, der Intransparenz selbst eine Instanz zu geben und diese somit – im dreifachen Sinne der Dialektik Hegels – aufzuheben.

¹⁰² Vgl. Ulrich (2001: 333 ff.).

Literatur

- Apel, K.-O.: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik, in: ders., Transformation der Philosophie. Bd. 2, Frankfurt a.M. 1973, S. 358-435.
- Barnard, C./Deakin, S.: No easy answer to long hours at work, in: Financial Times, 5. Januar 2004.
- Blanke, J./Paua, F./Sala-I-Martin, X.: The Growth Competitiveness Index: Analyzing Key Underpinnings of Sustained Economic Growth in: World Economic Forum (2003: 3-28), www.weforum.org/pdf/Gc-r/GCR_2003_2004/GCI_Chapter.pdf.
- Böhm, F.: Kartelle und Monopole im modernen Recht, Frankfurt a.M. 1960.
- Buchanan, J.M./Tullock, G.: The Calculus of Consent, Ann Arbor 1965.
- Christlich Demokratische Union Deutschlands: Beschluss des 17. Parteitages der CDU Deutschlands 2003. „Deutschland fair verändern“, www.cdu.de/politik-a-z/deutschland-fairaendern.pdf.
- Claassen, D.: Vollbeschäftigte Briten unter Stress, in: Tages-Anzeiger (Zürich), 29. November 2003.
- Commission of European Communities: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions concerning the re-exam of Directive 93/104/EC concerning certain aspects of the organization of working time, Brüssel 2003, http://europe.eu.int/comm/employment_-social/labour_law/docs/workingtime_communication_en.pdf.
- Dahrendorf, R.: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 32-40.
- Dahrendorf, R.: Leserbrief bzw. Replik, in: Reflexion (hrsg. vom Liberalen Institut, Zürich), Nr. 26, Dezember 1991, www.fahayek.net/publish/kontroverseRD/HayekKontroverse.pdf.
- De Weck, R.: So süß wie Cola, in: Sonntagzeitung, 18. Januar 2004, S. 5.
- Eekhoff, J./Roth, St. J.: Brachliegende Fähigkeiten nutzen, Chancen für Arbeitslose verbessern, Stiftung Marktwirtschaft, Kleine Handbibliothek, Bd. 33. www.chancenfueralle.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Publikationen_Kostenlose_Downloads/Stiftung_Marktwirtschaft/khb_33.pdf.
- Eppler, E.: Privatisierung der politischen Moral, Frankfurt a.M. 2000.
- Glötz, P.: Wettbewerb im Bildungsbereich, www.chancenfueralle.de/Bildung/Hochschulen/Glotz_Wettbewerb_im_Bildungsbereich.html.
- Habermas, J.: Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1981.
- Habermas, J.: Entgegnung, in: Honneth, A./Joas, H. (Hrsg.), Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' „Theorie des kommunikativen Handelns“, Frankfurt a.M. 1986, S. 327-405.
- Habermas, J.: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a.M. 1991.
- Hayek, F.A. von: Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs, in: ders., Freiburger Studien, Tübingen 1969, S. 97-107.
- Hayek, F.A. von: Die Anmassung von Wissen, in: Ordo, Stuttgart 1975, S. 12-21, hier S. 21.
- Hayek, F.A. von: Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech 1981.
- Heuß, E.: Wettbewerb, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd.8, Stuttgart u.a. 1980, S. 679-697.
- Homann, K./Blome-Drees, F.: Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992.
- Homann, K./Pies, I.: Wirtschaftsethik in der Moderne. Zur ökonomischen Theorie der Moral, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 1/1994, S. 3-12.
- Kant, I.: Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VII, Frankfurt a.M. 1974.

- Kant, I.: Kritik der reinen Vernunft, Werkausgabe Bd. IV, Frankfurt a.M. 1981.
- Katterle, S.: Alternativen zur neoliberalen Wende, Bochum 1989.
- Kirzner, I. M.: Wettbewerb und Unternehmertum, Tübingen 1978.
- Maizière, Th. de: Eigenverantwortung, Gemeinwohlverpflichtung und Solidarität, Rede, Meißen, September 2002, www.justiz.sachsen.de/smj/sites/justiz/1464.htm.
- Merk, G.: Das Subsidiaritätsprinzip, www.uni-siegen.de/~merk/downloads/subsidiaritaetsprinzip_definitionen.doc.
- Merkel, A.: Für eine neue Soziale Marktwirtschaft. Rede am 21. September 2001 in der Börse in Frankfurt am Main, www.cdu.de/ueber-uns/buvo/pv/am_210901.pdf.
- Nagel, I.: Zum Stand der Diskussionen um die Agenda und ihre Begrifflichkeit – Das Falschwörterbuch der Sozialreformen, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Mai 2003.
- Noser, R.: Staatsmittel produktiv einsetzen, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Januar 2004.
- O.V.: Allow us to toil – If we enjoy hard labour, we have a right to slog on, in: Financial Times, 14. November 2003.
- O.V.: Mehr Eigenständigkeit für Universitäten, www.chancenfueralle.de/Bildung/Hochschulen/Hochschulen_in_die_Freiheit_entlassen.html.
- Papst Pius XI.: Quadragesimo Anno, Rom 1931, www.christusrex.org/www1/overkott/quadr-a.htm.
- Parijs, Ph. von: Real Freedom for all. What (If Anything) Can Justify Capitalism?, Oxford 1995.
- Piper, N.: Angstfaktor Weltmarkt, in: Die Zeit, 5. April 1996, S. 17-18.
- Piper, N.: Lügen und Denkverbote, in: Süddeutsche Zeitung, 2. Juni 2003.
- Pury, D. de: "David de Pury und wie er die Welt sieht" (Interview), in: Tagesanzeiger, 2. Februar 1996, S. 7.
- Quaas, F.: Soziale Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2000.
- Schröder, G.: Regierungserklärung vom 14. März 2003, www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Agenda-2010-,9768/Regierungserklaerung.htm.
- Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7.Aufl., Tübingen 1993.
- Sen, A.: Development as Freedom, New York 1999.
- Siebert, H.: Müssen Arbeitslose sein? Zur Reform von Arbeitsmarkt und Sozialstaat in Deutschland, Walter Jöhr-Vorleseung 2003, St. Gallen 2003.
- Sims, R.: Boss Worries over Lost Time, in: Express and Echo, 19 Januar 2004.
- Smith, A.: Der Wohlstand der Nationen, München 1978 (1776), S. 582.
- Späth, L.: Die Wahrheit ist nicht populär, in: Handelsblatt, 15 Oktober 2003.
- Straubhaar, Th.: Gesucht – ein Schumpeter'scher Politiker, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Dezember 2003.
- Thielemann, U.: Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik, Bern/Stuttgart/Wien 1996.
- Thielemann, U./Ulrich, P.: Zwischen Sachzwang und Denkwang. Halten die zugunsten der UBS-Fusion vorgebrachten Rechtfertigungen der wirtschaftsethischen Kritik stand?, in: Siegwart, H./Neugebauer, G. (Hrsg.), Mega-Fusionen. Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 339-360.
- Thielemann, U.: Globale Konkurrenz, Sozialstandards und der (Sach-) Zwang zum Unternehmertum, in: Maak, Th./Lunau, Y. (Hrsg.), Weltwirtschaftsethik. Globalisierung auf dem Prüfstand der Lebensdienlichkeit, Bern/Stuttgart/Wien 1998, S. 203-244.
- Thielemann, U.: Der Einfluss des Shareholder Value auf die Lebenswelt, in: Revue der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, 1/1999, S. 16-18 (1999a), [www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/c0b319e335eb2f66c125-69380039fdf6/74cb552c772467ccc12569a1004f89cf/\\$FILE/UT99-SV.pdf](http://www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/c0b319e335eb2f66c125-69380039fdf6/74cb552c772467ccc12569a1004f89cf/$FILE/UT99-SV.pdf).

- Thielemann, U.: Markt, Wettbewerb und Stress, in: Oekoskop. Fachzeitschrift der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Nr. 2, 1999, S. 8-14 (1999b), www.iwe.unisg.ch/org/iwe/web.nsf/wwwPubLiteraturAutor/05E04B9C12CB769BC12569A1004F89D1.
- Thielemann, U.: Was spricht gegen angewandte Ethik? Erläutert am Beispiel der Wirtschaftsethik, in: *Ethica*, 1/2000, S. 37-68.
- Thielemann, U.: Integrative Wirtschaftsethik als kritische Theorie des Wirtschaftens. Die Unmöglichkeit der Wertfreiheit der Ökonomie als Ausgangspunkt der Wirtschaftsethik, in: Breuer, M./Brink, A./Schumann O.J. (Hrsg), *Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft*, Bern/Stuttgart/Wien 2003, S. 82-109.
- Thielemann, U.: Integrative Wirtschaftsethik als Reflexionsbemühung im Zeitalter der Ökonomisierung, in: Mieth, D./Schumann, O.J./Ulrich, P. (Hrsg.), *Reflexionsfelder integrativer Wirtschaftsethik*, Tübingen 2004 (im Erscheinen).
- Tietmeyer, H.: Föderalismus bedeutet Wettbewerb, in: *Handelsblatt*, 12. September 2003, www.chancenfueralle.de/Presse/Pressearchive/Presseresonanzen/2003_-_Presseresonanz/Juli_-_September_2003/Tietmeyer_im_Handelsblatt___Foederalismus_bedeutet_Wettbewerb_.html.
- Ulrich, P.: *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 3. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien 2001.
- Watson, R.: Britons spend more time working despite Brussels directive, in: *The Times*, 6. Januar 2004.
- Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. rev. Aufl., Tübingen 1972.
- Weber, M.: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Aufl., Tübingen 1988, S.17-206.
- World Economic Forum: *Global Competitiveness Report 2003-2004*, New York, 2003.